



HDI Pensionskasse AG auf einen Blick.

	2016	2015	+/- %
TEUR			
gebuchte Bruttobeiträge	112.903	109.199	3,4
Neugeschäftsbeiträge (APE-Basis) ¹⁾	3.663	5.220	-29,8
Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	37.965	31.845	19,2
versicherungstechnische Nettorückstellungen ²⁾	1.644.394	1.515.906	8,5
Kapitalanlagen ³⁾	1.669.714	1.549.766	7,7
Ergebnis aus Kapitalanlagen ³⁾	56.189	44.100	27,4
Nettoverzinsung (in %)	3,7	3,1	

1) Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge + 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge)

2) einschließlich Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

3) einschließlich Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Inhalt.

2	Verwaltungsorgane der Gesellschaft
2	Aufsichtsrat
3	Vorstand
4	Lagebericht
4	Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur
4	Wirtschaftsbericht
10	Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
10	Risikobericht
17	Prognose- und Chancenbericht
20	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (Anlage 1 zum Lagebericht)
22	Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen (Anlage 2 zum Lagebericht)
23	Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)
25	Jahresabschluss
26	Bilanz zum 31.12.2016
30	Gewinn- und Verlustrechnung
32	Anhang
50	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
51	Überschussbeteiligung
58	Bericht des Aufsichtsrats

Verwaltungsorgane der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Dr. Ulrich Joseph

Vorsitzender

Rechtsanwalt

Pinneberg

Dr. Marko Brambach

(bis 31.12.2016)

stellv. Vorsitzender

Leitender Angestellter

der HDI Kundenservice AG

Köln

Michael Wrona

(seit 1.1.2017)

Leitender Angestellter

der HDI Kundenservice AG

Tönisvorst

Alexandra Postert

Leitende Angestellte

der HDI Kundenservice AG

Köln

Vorstand

Ulrich Rosenbaum

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands
der Talanx Deutschland AG
Köln

Im Vorstand der HDI Pensionskasse AG verantwortlich für

- Rechnungswesen, Bilanzierung und Steuern
- Underwriting und Kundenservice
- Controlling
- Geldwäschebekämpfung
- Compliance
- Datenschutz
- Revision
- Risikomanagement
- Recht

Dr. Michael Pannenberg

Köln

Im Vorstand der HDI Pensionkasse AG verantwortlich für

- Vertrieb und Marketing
- Vermögensanlage und -verwaltung
- Aktuarielles Controlling
- Produktmanagement
- Rückversicherung
- Mathematik
- IT

Lagebericht.

Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur

Unternehmenspolitischer Hintergrund

Die HDI Pensionskasse AG ist Teil des Talanx-Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland. Ihr Sitz ist Köln.

Mit der Eintragung ins Handelsregister am 24.10.2014 wurde die HDI Pensionskasse AG rückwirkend zum 1.1.2014 auf die PB Pensionskasse AG verschmolzen und anschließend die PB Pensionkasse AG in HDI Pensionskasse AG umbenannt. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 3.9.2014 wurde der Sitz von Hilden nach Köln verlegt.

Mit diesem Schritt wird die Komplexität der Gesellschaftsstrukturen reduziert und ein einheitlicher Auftritt gegenüber dem Kunden ermöglicht.

Gegenstand unserer Gesellschaft ist die Durchführung betrieblicher Altersversorgung im Wege einer überbetrieblichen Pensionskasse. Angeboten werden aufgeschobene Rentenversicherungen sowohl in der Form der beitragsorientierten Leistungszusage als auch in der Form der Beitragszusage mit Mindestleistung sowie Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen.

Unsere Vertriebspartner

HDI hat die betriebliche Altersversorgung strategisch neu ausgerichtet. Dies hat insbesondere zur Folge, dass zukünftig die Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG das vertrieblich akquirierte Neugeschäft von kapitaleffizienten Produkten übernimmt. Die HDI Pensionskasse AG hat den Vertrieb grundsätzlich eingestellt.

Dienstleistungen im Konzernverbund

Die Einbindung der HDI Pensionskasse AG in eine große Versicherungsgruppe ermöglicht die gemeinsame Nutzung gesellschaftsübergreifend organisierter Funktionen und damit die sinnvolle Nutzung von Synergien und Ressourcen. Hierdurch können Kostenvorteile

einer einheitlichen Bearbeitung im Konzern genutzt und bessere Konditionen bei Lieferanten erreicht werden.

Wesentliche Dienstleistungen übergreifend tätiger Funktionsbereiche, wie z. B. Rechnungswesen, In-/Exkasso und Personal werden unter anderem über die Talanx Service AG und die HDI Kundenservice AG zentral für die Inlandsgesellschaften des Talanx-Konzerns erbracht, also auch für die HDI Pensionskasse AG. Darüber hinaus nutzt die HDI Pensionskasse AG die zentralen Dienstleistungen der Talanx Asset Management GmbH, die die Vermögensverwaltung für die Versicherungsgesellschaften im Konzern betreibt, sowie die IT-Dienstleistungen der Talanx Systeme AG.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft startete turbulent ins Jahr 2016. Schwellenländer hatten zu Beginn des Jahres Sorgen über die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und die Fortsetzung des Rohstoffpreisverfalls. Die Erholung der Rohstoffpreise, eine Stabilisierung des Wirtschaftswachstums in China sowie die globale geldpolitische Unterstützung sorgten im Verlauf des Jahres dort jedoch für eine zunehmende Stabilisierung. In der entwickelten Welt blieb, trotz politischer Unsicherheiten insbesondere in den USA, in Großbritannien und Italien, der private Konsum der zentrale Wachstumstreiber, unterstützt von niedrigen Energiepreisen und der expansiven Geldpolitik.

Die Wirtschaft im Euroraum legte im zweiten und dritten Quartal jeweils um 0,3 % zu, die jährliche Teuerungsrate lag im Dezember bei 1,1 %. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzte sich fort, die Arbeitslosigkeit im Euroraum sank im November auf den tiefsten Stand seit 2009 (9,8 %) trotz der politischen und ökonomischen Unsicherheiten, die das britische EU-Austrittsreferendum und der Rücktritt des italienischen Ministerpräsidenten mit sich brachten. Deutschlands Bruttoinlandsprodukt wies im dritten Quartal ein Wachstum von 0,2 % auf, nach einem Plus von 0,4 bis 0,7 % in der ersten Jahreshälfte. Neben dem privaten Konsum als Wachstumstreiber trugen steigende Staatsausgaben zur Belebung bei. Auch im Vereinigten Königreich fiel die Arbeitslosenquote im Oktober 2016 mit 4,8 % auf den tiefsten Stand seit 2005.

Die US-Wirtschaft entwickelte sich nach einem schwachen Start in das Jahr 2016 im weiteren Verlauf relativ robust. Im dritten Quartal

lag die annualisierte Wachstumsrate bei 3,5 %, das stärkste Wachstum seit zwei Jahren; die jährliche Teuerung kletterte zum Jahresende auf 2,1 %. Auch hier ist der private Konsum der zentrale Wachstumstreiber, der durch eine solide Arbeitsmarktentwicklung gestützt wird. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums in China setzte sich fort. Die jährliche Wachstumsrate des BIP lag 2016 bei 6,6 %, nach einem Wachstum von 7,0 % im Jahr 2015. Geld- und fiskalpolitische Maßnahmen verhinderten eine deutlichere Wachstumsabschwächung.

Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte waren 2016 weiterhin geprägt von einer expansiven Geldpolitik. Im März des Berichtsjahres lockerte die Europäische Zentralbank (EZB) erneut ihre Geldpolitik: Sie senkte den Hauptrefinanzierungs- und Einlagezins, erweiterte das Ankaufprogramm um Unternehmensanleihen, erhöhte die monatlichen Anleihenkäufe auf 80 Mrd. EUR und kündigte vier neue längerfristige Refinanzierungsgeschäfte an. Zwar kündigte die EZB im Dezember eine Reduzierung ihrer monatlichen Anleihenkäufe von 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR an, verlängerte gleichzeitig aber die Laufzeit des Programms um neun Monate bis Ende 2017.

Auch die Rentenmärkte wurden im Jahresverlauf 2016 wesentlich von der Europäischen Zentralbankpolitik bestimmt. Zusätzlich gab es eine Reihe an makroökonomischen Themen sowie diverse politische Entscheidungen, die Einfluss auf die Marktentwicklung an diesen Märkten hatten. Dazu gehörten zu Jahresbeginn Sorgen um eine nachlassende Wachstumsdynamik in China und anderen Schwellenländern. Unter politischen Gesichtspunkten fokussierten sich die Rentenmärkte auf die Entscheidungen zum Brexit, zur US-Wahl und zum italienischen Verfassungsreferendum. Im Vorfeld der Entscheidungen war stets eine erhöhte Volatilität zu erkennen, die unerwarteten Ergebnisse berührten die Märkte dann aber jeweils nur kurzfristig – z. B. der Renditerückgang für Bundesanleihen nach dem Brexit-Votum. Im Falle des Wahlausgangs in den USA kam es im Euroraum zu einer positiven Gegenreaktion. Die US-Notenbank hob im Dezember 2016 zum zweiten Mal nach der Finanzkrise ihren Leitzins an und verwies auf einen verbesserten Arbeitsmarkt und Signale einer höheren Inflation. Diese moderate Zinsanhebung hatte für die Euro-Rentenmärkte noch keine Signalwirkung, sodass es zu einem insgesamt positiven Jahresausklang für Zinspapiere infolge fallender Zinsen und sinkender Risikoaufschläge kam. An den US-Märkten sorgten der Wahlausgang und positive Konjunkturerwartungen für deutlich steigende Zinsen zum Jahresende – zehnjährige US-Treasuries stiegen in der Spitze um über 70 Basispunkte auf fast 2,6 % an und weisen in der Spitze einen Zinsabstand zu zehnjährigen Bundesanleihen von ca. 230 Basispunkten aus.

Neben den zinspolitischen Rahmenbedingungen standen auch 2016 idiosynkratische Risiken und diverse M&A-Aktivitäten im Vordergrund. Nach der Schwäche im ersten Quartal zeigten Energie- und Rohstoffwerte eine deutliche Kurserholung. Bail-in-Regulierung und Kapitalisierungen waren im Bankensektor weiter im Fokus, speziell bei italienischen Banken. Rechtsrisiken blieben für Banken ein sehr präsent Thema. Der Primärmarkt zeigte weiterhin eine starke Aktivität, allerdings war erneut ein leichter Rückgang zum Vorjahresvolumen zu verzeichnen. Insbesondere Unternehmensanleihen mit längeren Laufzeiten, Emittenten aus dem höher verzinslichen Segment sowie nachrangige Bankenemissionen waren gefragt. Covered Bonds zeigten eine durchschnittliche Neuemissionsaktivität. Wie schon im Vorjahr war das Nettoemissionsvolumen leicht negativ.

Die Aktienmärkte konnten nach einem schwachen Jahresauftakt 2016 im vierten Quartal deutlich zulegen und das Börsenjahr positiv abschließen: Der DAX kletterte im Gesamtjahr um 6,9 %, der S&P 500 um 9,5 %. Deutlich schwächer – gleichwohl positiv – entwickelten sich der EURO STOXX 50 mit 0,7 % und der Nikkei mit 0,4 %.

Deutsche Versicherungswirtschaft

Die Ausführungen zu den Versicherungsmärkten stützen sich auf Veröffentlichungen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) und beinhalten vorläufige Daten.

Die deutsche Versicherungswirtschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 ihre Beitragseinnahmen nahezu stabil halten. Laut Hochrechnung erreichte die Branche einen leichten Zuwachs von 0,2 % auf 194,2 Mrd. EUR.

Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Schaden- und Unfallversicherung, die von einem Anstieg der Beiträge um 2,9 % auf 66,3 Mrd. EUR bei allerdings nachgebenden versicherungstechnischen Gewinnen ausgeht. Zuwächse verzeichneten zudem die Unternehmen der privaten Krankenversicherung, die Beiträge in Höhe von 37,2 Mrd. EUR und damit ein Wachstum von 1,1 % erwarten.

Bei den Lebensversicherern, Pensionskassen und Pensionsfonds gingen die Prämieinnahmen 2016 um voraussichtlich 2,2 % auf 90,7 Mrd. EUR zurück. Das Neugeschäft entwickelte sich erwartungsgemäß schwächer. Während das Geschäft mit laufenden Beiträgen in Höhe von 64,3 Mrd. EUR weitgehend konstant blieb, setzte sich die Konsolidierung der Einmalbeiträge mit einem Rückgang um 6,1 % auf 26,3 Mrd. EUR fort.

Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Zum Schutz ihrer Kunden und um die Stabilität der Finanzmärkte zu gewährleisten, unterliegen Versicherungsunternehmen (Erst- und Rückversicherungsgesellschaften), Banken und Kapitalanlagegesellschaften weltweit besonderen, komplexen rechtlichen Regelungen zur Regulierung ihrer Geschäftstätigkeit. Die zurückliegenden Jahre waren insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzkrise in den Jahren 2007 bis 2010 durch eine intensive Weiterentwicklung und damit eine einhergehende Verschärfung und zunehmende Komplexität der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an diese beaufsichtigten Unternehmen gekennzeichnet.

Nach dem Inkrafttreten des neuen Versicherungsaufsichtsgesetzes zum 1.1.2016 behält die aufsichtsrechtliche Regulierung ein unvermindert hohes Tempo bei. Nur sechs Monate nach seinem Inkrafttreten wurde das Versicherungsaufsichtsgesetz durch das am 2.7.2016 in Kraft getretene Finanzmarktnovellierungsgesetz ergänzt und § 23 Abs. 6 VAG neu eingefügt. Versicherungsunternehmen sind nun verpflichtet, ein internes Hinweisgebersystem einzurichten, bei dem Mitarbeiter vertraulich bestimmte Verstöße im Unternehmen melden können. Der Talanx-Konzern setzt ein derartiges Hinweisgebersystem bereits seit Längerem ein.

Durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 21.4.2016 hatte das Bundesministerium der Finanzen die durch das neue VAG eingeräumten Befugnisse zum Erlass von Rechtsverordnungen genutzt und die zum Ende des Jahres 2015 außer Kraft getretenen durch neue Verordnungen ersetzt.

Vor dem Hintergrund der bis zum 23.2.2018 in Deutschland umzusetzenden Richtlinie über den Versicherungsvertrieb (IDD) hat die EIOPA bereits im April 2016 ihre Vorbereitungsleitlinien für unternehmensinterne Produktaufsichts- und Produkt-Governance-Anforderungen (Product Oversight and Governance, POG) in einem finalen Bericht veröffentlicht. Die Vorgaben zielen auf eine ausreichende Berücksichtigung von Verbrauchersichtspunkten bei Produktdesign und Vertriebssteuerung, beschränken sich jedoch nicht auf reines Verbrauchergeschäft. Die Vorgaben sind an die zuständigen Aufsichtsbehörden gerichtet. Die BaFin hat angekündigt, dass diese Vorschriften von ihr erst berücksichtigt werden, wenn die Richtlinie über den Versicherungsvertrieb in Deutschland umgesetzt ist. Dies gelte für die Inhalte der EIOPA-Leitlinien, aber auch für den delegierten Rechtsakt, den die EU-Kommission zur Produktentwicklung erlassen werde. Bereits jetzt ist absehbar, dass durch die Umsetzung der IDD sowie der hiermit im Zusammenhang stehenden Richtlinien

zusätzliche Anforderungen im Hinblick auf die Produktüberwachung und Produkt-Governance von Versicherungsprodukten auf Versicherungsunternehmen, aber auch auf Versicherungsvermittler, zukommen werden.

Versicherungsunternehmen des Talanx-Konzerns sind in hohem Maße auf die Erhebung von personenbezogenen Daten angewiesen. Sie werden unter anderem zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung erhoben und verarbeitet und genutzt, um Versicherte bedarfsgerecht zu beraten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen des Talanx-Konzerns sind sich der damit einhergehenden Verantwortung zu einem angemessenen Umgang mit personenbezogenen Daten bewusst. Die Wahrung der Rechte der Versicherten und der Schutz ihrer Privatsphäre sind wesentliche Ziele aller Konzernunternehmen. Im Mai 2016 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung durch Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft getreten. Nach Ablauf einer zweijährigen Übergangsphase wird die Verordnung ab dem 25.5.2018 geltendes Recht auch in der Bundesrepublik Deutschland. Vor diesem Hintergrund wurde ein Projekt initiiert, um die Umsetzung der neuen gesetzlichen Anforderungen rechtzeitig sicherzustellen. Rechtsunsicherheiten ergeben sich dabei, weil nicht absehbar ist, inwieweit der deutsche Gesetzgeber unter fast 50 Öffnungsklauseln der Verordnung noch Abweichungen im Zuge einer Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes beschließen wird.

Im März 2016 ist zudem das OGAW-V-Umsetzungsgesetz in Kraft getreten, das die Vorgaben der europäischen OGAW-V-Richtlinie (Fünfte Richtlinie über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren [OGAW]) in Deutschland umsetzt. Das OGAW-V-Umsetzungsgesetz bringt nicht nur Änderungen mit sich, die durch die Richtlinie gefordert wurden; es verursacht erheblichen Anpassungsbedarf bei den Kapitalanlagegesellschaften des Talanx-Konzerns, und mit dem im Jahr 2016 verabschiedeten Gesetz zur Reform der Investmentbesteuerung (Investmentsteuerreformgesetz – InvStRefG) zeichnet sich bereits jetzt weiterer umfassender Handlungsbedarf in diesem Bereich ab.

Die Einhaltung geltenden Rechts ist für die Gesellschaften des Talanx-Konzerns unverändert Voraussetzung für eine dauerhaft erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Insbesondere der Beachtung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie der fortlaufenden Anpassung und Weiterentwicklung des Geschäfts und ihrer Produkte an gesetzliche Neuregelungen widmen die Gesellschaften große Aufmerksamkeit. Die entsprechend installierten Mechanismen stellen sicher, dass künftige Rechtsentwicklungen und ihre Auswirkungen auf die eigene Geschäftstätigkeit frühzeitig identifiziert und bewertet werden, um die erforderlichen Anpassungen vornehmen zu können.

Als Wertpapieremittenten unterliegen die Talanx AG sowie weitere Konzerngesellschaften der Kapitalmarktaufsicht, neben Deutschland etwa in Polen und Luxemburg.

Geschäftsverlauf und Lage

Themen des Berichtsjahres

Zukunftssicherung des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland

Im Jahr 2016 hat der Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland die Umsetzung des auf mehrere Jahre angelegten Programms KuRS (Kundenorientiert Richtungsweisend Stabil) weiter verfolgt. Ziele des Programms sind es, den Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland zu stabilisieren, seine Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern und somit zukunftsfähig aufzustellen. Schwerpunkte bei der Umsetzung sind zunächst die Optimierung der Geschäftsprozesse und die Erhöhung der Servicequalität für Kunden und Vertriebspartner. Hierzu gehören auch die Modernisierung der IT sowie die Erhöhung der Transparenz über Bestandsdaten und Kosten. In 2016 wurde mit den Projektarbeiten zur Harmonisierung der Anwendungslandschaft mit Ziel eines gemeinsamen Bestandsführungssystems für die Gesellschaften der Talanx Deutschland AG, für das Leben- und Unfallgeschäft, begonnen.

Die Konzentration auf unsere Kernkompetenzen ist dabei ein zentraler Baustein unserer Strategie. So ist die betriebliche Altersversorgung aufgrund unserer langjährigen Expertise und Serviceleistungen eng mit unserem Namen als Referenzmarke verbunden. Die Kompetenz unserer Produkte, Leistungen und des Service ist vielfach ausgezeichnet worden.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft sehen wir langfristig einen unveränderten Wachstumstrend in der betrieblichen Altersversorgung. Daher hat sich unsere Schwestergesellschaft, die HDI Lebensversicherung AG, im Bereich betrieblicher Altersversorgung (bAV) zum 01.01.2016 strategisch neu ausgerichtet. Sie konzentriert sich im Neugeschäft auf ertragsstarke und marktrelevante Geschäftsfelder und Produkte. Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsposition und die Sicherstellung der langfristigen Profitabilität.

Im Breitengeschäft setzt HDI als fokussierter bAV-Anbieter daher seit dem Jahr 2016 ausschließlich auf die Durchführungswege mit hoher Marktrelevanz: Direktversicherung, Unterstützungskasse und beitragsorientierte Kapitalzusagen über den „TwoTrust Selekt“ im Rahmen der rückgedeckten Pensionszusage. Das Geschäft mit kon-

ventionellen Lebensversicherungen alter Bauart der HDI Pensionskasse AG wurde zum 01.01.2016 zugunsten von kapitaleffizienten Produkten der Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG aufgegeben. Bestehende Versicherungsverträge werden unverändert fortgeführt. Die HDI Pensionskasse AG wird die zugesagten Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden selbstverständlich erfüllen. Um einen geregelten Übergang zu gewährleisten, blieben die für das Neugeschäft zu schließenden Tarife für bestehende Gruppenverträge grundsätzlich noch bis Mitte 2016 geöffnet. Für einzelne Großverbindungen waren auch längere Übergangszeiten möglich.

Die Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG wird sich künftig noch stärker an den Bedürfnissen ihrer Kunden orientieren und ihr Angebot auf marktrelevante Bereiche konzentrieren. Segmente ohne bedeutendes Nachfragepotenzial wird HDI Leben nicht mehr bedienen und frei werdende Ressourcen in die konsequente Weiterentwicklung neuer Bedarfsfelder investieren.

Hierzu zählt unter anderem die Weiterentwicklung der Ende 2015 unter dem Namen HDI bAVnet eingeführten online-basierten Plattform für die Verwaltung der bAV-Verträgen – sowohl der HDI Pensionskasse AG als auch der HDI Lebensversicherung AG. Sie ermöglicht Arbeitgebern eine kostenfreie, papierlose Bearbeitung und den Austausch über digitale Schnittstellen. Rund um die Uhr ermöglicht das HDI bAVnet dem Kunden, Vertragsbestände einzusehen und Verarbeitungsprozesse zeiteffizient und datensicher anzustoßen.

Um in allen Risikoklassen geeignete Produkte bieten zu können, hat HDI Leben zum 1.1.2016 in der betrieblichen Altersversorgung mit „TwoTrust Kompakt“ speziell für die Durchführungswege Direktversicherung und Unterstützungskasse ein modernes, klassisches Produkt eingeführt, das auch als Nachfolgeprodukt im Rahmen der Firmengruppenverträge der HDI Pensionskasse AG genutzt werden kann. „TwoTrust Kompakt“ bietet bedarfsgerechte Garantien. Es richtet sich an sicherheitsorientierte Kunden und enthält so wenig Garantie wie nötig, um so viel Ablaufleistung wie möglich zu erzielen. Diese höheren Leistungen und neue Flexibilitäten sowie die Einsatzmöglichkeit für komplette Belegschaften machen das Produkt interessant. Unsere Position als einer der führenden bAV-Versicherer wird dadurch gestärkt.

Digitalisierung

Der Talanx-Konzern verfolgt eine konsequente Automatisierung und Digitalisierung seiner Geschäftsprozesse. Um die Digitalisierung auch intern zu forcieren, hat die Talanx-Gruppe ein eigenes Digital Lab aufgebaut. Es soll als Partner der Geschäftsbereiche – neben weiteren externen internationalen Partnerschaften -- die Digitalisie-

rung an der Kundenschnittstelle und im internen Betrieb vorantreiben und neue digitale Geschäftsmodelle entwickeln.

Dank des Vorstands

Die Ergebnisse des vergangenen Geschäftsjahres sind wesentlich auf die Kompetenz und das außerordentliche Engagement der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für unsere Gesellschaft bedankt sich die Geschäftsleitung bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank gebührt auch dem Betriebsrat für die stets konstruktive und faire Zusammenarbeit.

Neugeschäft

Die Neugeschäftsbeiträge unserer Gesellschaft sanken wie erwartet im Berichtsjahr um 28,8 % auf 4.174 (5.863) TEUR. Die laufenden Beiträge verminderten sich um 30,0 % auf 3.607 (5.149) TEUR, die Einmalbeiträge sanken um 20,6 % auf 567 (714) TEUR. Das Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge zzgl. 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge) reduzierte sich somit auf 3.663 (5.220) TEUR. Die Beitragssumme des Neugeschäfts sank deutlich auf 52.695 (80.943) TEUR.

Versicherungsbestand

Die Jahresprämie aller am 31.12.2016 im Bestand unserer Gesellschaft befindlichen Versicherungen, die so genannte statistische Bestandsprämie, hat sich im Berichtsjahr im Zuge der erfolgten Bestandsabgänge um 4,1 % auf 102.544 (106.981) TEUR vermindert. Die Versicherungssumme blieb nahezu unverändert auf 3.244.407 (3.243.396) TEUR.

Eine ausführliche Erläuterung der Bewegung und der Struktur des Versicherungsbestandes wird in Anlage 1 zum Lagebericht auf den Seiten 20 bis 22 gegeben. Eine vollständige Darstellung der von unserer Gesellschaft betriebenen Versicherungsarten befindet sich in der Anlage 3 zum Lagebericht auf Seite 23.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 3,4 % auf 112.903 (109.199) TEUR. Auch die verdienten Beiträge für eigene Rechnung lagen mit 112.147 (108.497) TEUR über dem Vorjahresniveau. Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stiegen ebenfalls leicht von 3.571 auf 3.605 TEUR.

Leistungen

Die Bruttozahlungen für Versicherungsfälle stiegen im Berichtsjahr um 19,2 % auf 37.965 (31.845) TEUR. Unter Einbeziehung der Gewinnanteile an Versicherungsnehmer und nach Abzug der Schadenregulierungskosten betrugen die ausgezahlten Leistungen 38.021

(30.158) TEUR. Mit einem Anteil von 46,6 % betrafen diese Zahlungen überwiegend Rückkäufe in Höhe von 17.119 (11.351) und Abläufe mit 39,8 % in Höhe von 14.595 (14.687) TEUR. Für Renten wurde ein Betrag in Höhe von 3.264 (2.591) TEUR ausgezahlt. Todesfälle machten mit einem Anteil von 4,7 % den geringsten Teil der Leistungen aus.

Inklusive des Zuwachses der Leistungsverpflichtungen von 132.406 (115.096) TEUR beliefen sich die gesamten Leistungen zu Gunsten unserer Versicherungsnehmer im Berichtsjahr auf 170.427 (145.254) TEUR.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb verminderten sich um 10,2 % auf 5.208 (5.797) TEUR.

Die Abschlussaufwendungen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf 2.705 (3.017) TEUR. Bezogen auf die stärker gesunkene Beitragssumme des Neugeschäfts erhöhte sich der Abschlusskostensatz auf 5,1 (3,7) %.

Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 10 % von 2.780 TEUR auf 2.503 TEUR. Der Verwaltungskostensatz lag bei 2,2 (2,5) %.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

(ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice)

Die laufenden Erträge, die vor allem aus den Kuponzahlungen der festverzinslichen Kapitalanlagen bestanden, beliefen sich im Berichtsjahr auf 45.271 (44.590) TEUR. Dem standen laufende Aufwendungen in Höhe von 1.890 (1.693) TEUR gegenüber. Die laufende Durchschnittsverzinsung lag bei 2,8 (3,0) %. Der Rückgang der laufenden Verzinsung gegenüber dem Vorjahr resultierte maßgeblich aus dem gesunkenen Durchschnittskupon der festverzinslichen Wertpapiere.

Im Berichtsjahr wurden außerordentliche Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 12.866 (1.416) TEUR realisiert. Die Abgangsgewinne in Höhe von 12.894 (1.439) TEUR wurden im Wesentlichen aus Verkäufen festverzinslicher Kapitalanlagen am Markt erzielt. Die Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen betrugen 28 (22) TEUR. Die außerordentlichen Abschreibungen lagen bei 1 (143) TEUR, Zuschreibungen wurden nicht vorgenommen. Insgesamt war somit ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 12.865 (1.274) TEUR auszuweisen.

Das Kapitalanlageergebnis belief sich insgesamt auf 56.246 (44.170) TEUR. Im Berichtsjahr wurde eine Nettoverzinsung von 3,7 (3,1) % erreicht.

Rohüberschuss und Überschussverwendung

Der Rohüberschuss beinhaltet die Gewinne, die über die Mindestverzinsung der gewinnberechtigten Versicherungsguthaben hinaus erwirtschaftet worden sind. Unsere Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2016 einen Rohüberschuss von 4.963 (9.268) TEUR.

Den Rohüberschuss haben wir vollständig der RfB zugeführt. Nach Zuführung und Entnahme beträgt die RfB zum Ende des Berichtsjahres 33.423 TEUR.

Die Gesamtverzinsung der nicht fondsgebundenen Kundenguthaben (einschließlich Schlussgewinnanteile) beträgt grundsätzlich 1,75 %. Die für den gesamten Bestand ab 2017 gültigen Gewinnanteilsätze sind auf den Seiten 51 bis 57 dieses Berichts im Detail dargestellt.

Ergebnis

Unter Berücksichtigung eines außerordentlichen Ergebnisses von -71 (-322) TEUR sowie eines Steueraufwandes von 437 (79) TEUR wies die HDI Pensionskasse AG im Berichtsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Finanzlage

Das Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

Eigenkapital

TEUR	
Eingefordertes Kapital	
Gezeichnetes Kapital	5.000
Kapitalrücklage	34.170
Gewinnrücklagen	
a) gesetzliche Rücklage	362
b) andere Gewinnrücklagen	74
	435
Summe	39.605

Liquiditätslage

Die Liquidität unserer Gesellschaft war zu jeder Zeit gesichert. Zum Bilanzstichtag waren liquide Mittel in Form von laufenden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 5.008 (6.449) TEUR verfügbar. Weitere vorhandene laufende Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 4.600 (3.390) TEUR sind als erhaltene Barsicherheit zweckge-

bunden. Demgegenüber steht eine sonstige Verbindlichkeit in gleicher Höhe.

Vermögenslage

Kapitalanlagen

Entwicklung der Kapitalanlagen¹⁾ im Detail

	31.12.2016	31.12.2015	Änderung
TEUR			
Anteile an verbundenen Unternehmen	26.046	17.676	8.370
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.898	4.898	0
Beteiligungen	450	0	450
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.050	0	1.050
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	43.152	34.046	9.105
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	828.581	822.710	5.871
Sonstige Ausleihungen	693.041	601.910	91.132
Einlagen bei Kreditinstituten	0	2.000	-2.000
Summe	1.597.218	1.483.240	113.978

¹⁾ ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Das Volumen der Kapitalanlagen der Gesellschaft stieg 2016 um 113.978 TEUR und betrug zum Jahresende 1.597.218 (1.483.240) TEUR. Die Kapitalanlagen wurden vorrangig in direkt gehaltene festverzinsliche Kapitalanlagen investiert. Deren Anteil lag zum Ende des Berichtsjahres bei 95,6 (96,4) % der gesamten Kapitalanlagen. Investitionen erfolgten vor allem in Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen und Schulscheinanleihen guter Bonität. Das durchschnittliche Rating der festverzinslichen Wertpapiere lag zum Bilanzstichtag bei „AA-“. Die Aktienquote blieb mit 0,2 % auf niedrigem Niveau.

Die Marktwerte der Kapitalanlagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1.926.351 (1.732.197) TEUR. Die Bewertungsreserven stiegen auf 329.133 (248.957) TEUR.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Der entsprechende Kapitalanlagebestand belief sich zum Bilanzstichtag auf 72.496 (66.526) TEUR und verzeichnete damit einen Zuwachs von 9,0 %.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Das unverändert äußerst niedrige Zinsumfeld sorgt dafür, dass die Pensionskassen branchenweit vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Unternehmensleitung der HDI Pensionskasse AG bewertet den Geschäftsverlauf des Berichtsjahres vor diesem Hintergrund als herausfordernd: Weitgehend entsprechend unserer Prognosen entwickelten sich die Beitragskennzahlen unserer Gesellschaft. Das Neugeschäft gab planmäßig sowohl bei den laufenden Beiträgen als auch im Einmalgeschäft deutlich nach. Der erwartete Rückgang der Bruttobeiträge blieb in Folge eines Sondereffekts aus dem Konsortialgeschäft aus.

Das Kapitalanlageergebnis entwickelte sich angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase zufriedenstellend. Es zeigte erwartungsgemäß einen signifikanten, vor allem aus ausgeweiteten Realisationen resultierenden Anstieg. Der Rohüberschuss unserer Gesellschaft wurde vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt, so dass wie geplant ein ausgeglichenes Jahresergebnis verbleibt. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als tragfähig zu beurteilen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem vom Vorstand nach § 312 AktG zu erstellenden Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde abschließend erklärt, dass unsere Gesellschaft nach den Umständen, die ihr in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft mit einem verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen lagen im Berichtsjahr nicht vor.

Risikobericht

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Risikomanagement der Gesellschaft werden die Risiken für die Gesellschaft regelmäßig untersucht. Die etablierten Risikomanagementsysteme und Kontrollinstanzen unterstützen eine frühzeitige Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben können.

Insgesamt ist die Risikolage der Gesellschaft vor allem vor dem Hintergrund der niedrigen Kapitalmarktzinsen in Verbindung mit der Höhe der in den Versicherungsverträgen eingegangenen Zinsgarantien als angespannt einzuschätzen, erscheint aber beherrschbar.

Die Gesellschaft hat vor dem Hintergrund dieses Zinsrisikos frühzeitig ein Maßnahmenpaket entwickelt, das die folgenden wesentlichen Einzelmaßnahmen beinhaltet:

- Der Bewertungszins der Zinszusatzreserve im Altbestand wurde mit Genehmigung der BaFin zum 31.12.2016 auf 2,40 % abgesenkt. Damit führt die Gesellschaft ihre Politik fort, die Deckungsrückstellung im Niedrigzinsumfeld frühzeitig und proaktiv zu stärken.
- Darüber hinaus werden vorsichtig angesetzte Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten bei der Ermittlung der Zinszusatzreserve berücksichtigt. Hiermit stellt die Gesellschaft eine realitätsnahe angemessene Vorsorge für anhaltend niedrige Zinsen sicher.
- Die Gesellschaft plant, die Zinszusatzreserve im Altbestand fortlaufend weiter aufzubauen und den Bewertungszins für die Zinszusatzreserve geschäftsplanmäßig unter angemessener Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit festzusetzen. Zur Finanzierung der Zinszusatzreserve ist wie in den Vorjahren auch weiterhin die Realisierung von Bewertungsreserven vorwiegend auf Zinstitel vorgesehen. Dieses Vorgehen stellt eine angemessene Risikovorsorge im Niedrigzinsumfeld unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft sicher.
- Die Gesellschaft hat das vertrieblich akquirierte Neugeschäft grundsätzlich eingestellt. Damit sind zum einen Kostensenkungen verbunden. Zum anderen werden weitere Zinsgarantien aus dem Neugeschäft vermieden. Beides senkt die Risikoexposition der Gesellschaft.
- Aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes wurde die deklarierte Gesamtverzinsung von 2,25% im Jahr 2016 auf 1,75% im Jahr 2017 gesenkt (jeweils einschließlich Schlussgewinnbeteiligung). Dies trägt der langfristigen Ertragserwartung angemessen Rechnung und ist konsistenter Bestandteil des Maßnahmenpakets.
- Die Gesellschaft strebt weiterhin möglichst hohe laufende Kapitalerträge unter Wahrung eines unverändert angemessenen Verhältnisses von Ertrag und Risiko an.

Die Maßnahmen wurden und werden laufend umgesetzt. Weitere kompensierende Maßnahmen zum Umgang mit dem niedrigen Zinsniveau werden laufend erarbeitet und umgesetzt, etwa zur Reduktion der Kosten.

In der Unternehmensplanung der Gesellschaft ist die konsequente Umsetzung dieses Maßnahmenpaketes berücksichtigt. Die zugehörige Planungsrechnung zeigt, dass die Gesellschaft alle relevanten

handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen in den nächsten 5 Jahren erfüllen kann.

Die Aufsichtsbehörde fordert von allen deutschen Pensionskassen einmal jährlich Prognoserechnungen, in denen die Auswirkungen des Niedrigzinsumfeldes zu betrachten sind. In der letzten derartigen Rechnung zum Stichtag 30.09.2016 war unter anderem ein branchenweit einheitlich vorgegebenes BaFin-Niedrigzinsszenario für den Zeitraum von 2016 bis 2020 zu analysieren.

In dieser Prognoserechnung kann unter den dort unterstellten Prämissen und unter Berücksichtigung des Maßnahmenpakets das Solvabilitätssoll durchgängig mit expliziten Eigenmitteln bedeckt und der voraussichtliche Aufwand zum Aufbau der Zinszusatzreserve durch die Realisierung von Bewertungsreserven gedeckt werden. Trotz vollständiger Zuführung des Rohüberschusses zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) können im letzten Jahr des Prognosezeitraums die Vorgaben der Mindestzuführungsverordnung im Altbestand nicht mehr eingehalten werden.

Unter den oben erläuterten Prämissen beider Hochrechnungen ergibt sich im Betrachtungszeitraum vor allem durch die niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt eine weiterhin angespannte Risikolage für die Gesellschaft. Hält das extrem niedrige Zinsniveau sogar über das Jahr 2020 hinaus lange weiter an, müssen weitere Maßnahmen getroffen werden, um die Einhaltung der Solvabilitätsanforderungen und die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen, da aus den Zinsgarantien in diesem Fall auf lange Sicht erhebliche Verluste entstehen könnten.

Bestandsgefährdende Risiken, das heißt wesentliche Risiken mit existenziellem Verlustpotenzial für die Gesellschaft, könnten sich ergeben, wenn sich systemische Risiken wie z. B. ein Credit Crunch, weitgehende Zahlungsausfälle am Anleihemarkt oder ein Kollaps des Finanzsystems realisieren. Bei Einbeziehung der Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenpaketes zeichnen sich aktuell keine bestandsgefährdenden Risiken unternehmensspezifischer Natur ab.

Grundlagen des Risikomanagements

Das Risikomanagement der Gesellschaft erfüllt die Anforderungen des deutschen Aktiengesetzes, dem zufolge sich die Unternehmensleitung einer Aktiengesellschaft verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“ (§ 91 Abs. 2 AktG) und des Versicherungsaufsichtsgesetzes (§ 26 VAG und begleitende Rechtsnormen).

Mit dem vorliegenden Bericht kommt die Gesellschaft ihrer Verpflichtung zu einer Berichterstattung über die Risiken der künftigen Entwicklung nach (§ 289 Abs. 1 HGB).

Risikomanagementsystem

Basis des Risikomanagements ist die durch den Vorstand verabschiedete Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. Sie ist verbindlicher, integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Zur Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie bedient sich die Gesellschaft eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems. Das Risikoverständnis ist ganzheitlich, d. h., es umfasst Chancen und Risiken, wobei der Fokus der Betrachtungen auf negativen Zielabweichungen, d. h. Risiken im engeren Sinn, liegt.

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement des Geschäftsbereichs Talanx Deutschland sowie des Konzerns eingegliedert und berücksichtigt die Konzernrichtlinien. Zur Quantifizierung von Risiken wird ein Risikomodell eingesetzt. Der betrachtete Zeithorizont des Modells beträgt ein Kalenderjahr.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird laufend weiterentwickelt und damit den jeweiligen sachlichen und gesetzlichen Erfordernissen sowie den Konzernvorgaben angepasst. Das Risikomanagementsystem ist mit dem zentralen Steuerungssystem der Gesellschaft eng verzahnt.

Die Bewertung der wesentlichen Risiken der Gesellschaft (insbes. versicherungstechnischen Risiken, Marktrisiken und operationellen Risiken) erfolgt regelmäßig mit Hilfe des Risikomodells. Dabei werden diese Risiken systematisch analysiert und mit Solvenzkapital hinterlegt. Alle erfassten Risiken werden durch ein Limit- und Schwellenwertsystem überwacht und durch abgestimmte Maßnahmen gesteuert. Darüber hinaus werden andere materielle Risiken (Projektrisiken, Reputationsrisiken und strategische Risiken) sowie zukünftige Risiken (Emerging Risks) regelmäßig in systematischer Form identifiziert, ihre Relevanz ermittelt und ihr Risikopotenzial bewertet.

Der Vorstand der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung vom Risikomanagement regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Bei akuten Risiken ist eine Sofortberichterstattung an den Vorstand gewährleistet.

Im Kapitalanlagebereich umfasst das Risikomanagementsystem spezifische Instrumentarien zur laufenden Überwachung aktueller Risikopositionen und der Risikotragfähigkeit. Sämtliche Kapitalanlagen stehen unter ständiger Beobachtung und Analyse durch den Geschäftsbereich Kapitalanlagen und das operative Kapitalanlagecon-

trolling. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Stresstests werden die Auswirkungen von Kapitalmarktschwankungen simuliert und bei Bedarf darauf frühzeitig reagiert. Darüber hinaus stellt eine umfangreiche Berichterstattung die erforderliche Transparenz aller die Kapitalanlagen betreffenden Entwicklungen sicher.

Für Handels- und Abwicklungstätigkeiten im Kapitalanlagebereich bedient sich die Gesellschaft der Dienstleistung der Talanx Asset Management GmbH.

Risikoorganisation

Die Aufbauorganisation im Risikomanagement der Gesellschaft gewährleistet eine Funktionstrennung zwischen aktiver Risikoübernahme und unabhängiger Risikoüberwachung. Zentrale Organe sind der Gesamtvorstand der Gesellschaft, die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), die Risikoverantwortlichen sowie die Interne Revision, deren Aufgabe von der Konzernrevision wahrgenommen wird.

Der Gesamtvorstand trägt die nicht delegierbare Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Gesellschaft. Er legt die Risikostrategie fest und trifft hieraus abgeleitete wesentliche Risikomanagemententscheidungen.

Die unabhängige Risikoüberwachung wird von einer organisatorischen Einheit innerhalb der Talanx Deutschland AG unter Leitung des Chief Risk Officer (CRO) wahrgenommen. Dadurch wird Know-how gebündelt und eine effiziente Nutzung der Ressourcen sichergestellt.

Die Unabhängige Risikocontrollingfunktion ist primär für die Identifikation, Bewertung und Analyse des Risikoprofils sowie für die Überwachung von Limiten und Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene zuständig. Diese Aufgabe wird durch den CRO, das Risikomanagement und das Risikokomitee der Talanx Deutschland AG wahrgenommen. Das Risikokomitee spricht dabei Empfehlungen an den Gesamtvorstand aus. Risikoverantwortliche sind in der Regel leitende Angestellte, die für die Identifikation und Bewertung der wesentlichen Risiken ihres Verantwortungsbereiches zuständig sind. Zudem sind sie verantwortlich für Vorschläge zur Risikominderung und für die Umsetzung geeigneter Risikosteuerungsmaßnahmen. Der Austausch von Erkenntnissen zwischen Risikoverantwortlichen und Unabhängiger Risikocontrollingfunktion findet im Rahmen von regelmäßigen Risikosteuerungskreis-Sitzungen statt.

Die Interne Revision ist für die prozessunabhängige Prüfung der Geschäftsbereiche, insbesondere auch des Risikomanagements, ver-

antwortlich. Die Leitung der Internen Revision ist zum Zwecke der Diskussion risikorelevanter Themen als Gast im Risikokomitee vertreten.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit einer Geschäftsorganisation, welche die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewährleistet, ist die Gesellschaft in die Compliance-Organisation der Talanx AG eingebunden und entsendet Compliance einen Vertreter in das Risikokomitee.

Risiken der künftigen Entwicklung

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

Biometrische Risiken

Das biometrische Risiko wird in ein Schwankungsrisiko sowie in ein Kumul-, Trend- und Änderungsrisiko unterschieden. Das Schwankungsrisiko ist das Risiko der zufälligen Abweichung der Häufigkeit der Leistungsfälle von den biometrischen Wahrscheinlichkeiten. Das Kumulrisiko bezeichnet das gleichzeitige Auftreten vieler Schadenfälle, die durch ein Ereignis ausgelöst sind. Das Trend- und Änderungsrisiko bezeichnet das Risiko einer Fehleinschätzung der biometrischen Wahrscheinlichkeiten bei der Berechnung der Prämien.

Zur Berechnung der Prämie und der versicherungstechnischen Rückstellungen werden vorsichtig bemessene biometrische Rechnungsgrundlagen verwendet, deren Angemessenheit regelmäßig überprüft und bei Bedarf auch für die Berechnung von Deckungsrückstellungen angepasst wird. Eine solche Auffüllung von Deckungsrückstellungen bewirkt, dass auch zukünftig ausreichende Sicherheitsmargen vorhanden sind.

Die biometrischen Risiken werden zudem mittels geeigneter Rückversicherungsverträge begrenzt. Der Umfang der Rückdeckung wird regelmäßig überprüft.

Stornorisiken

Das Stornorisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts von Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsrate von Versicherungsverträgen ergibt.

Das Stornorisiko ist für die Gesellschaft als Einrichtung der betrieblichen Altersvorsorge von begrenzter Bedeutung.

Kostenrisiken

Das Kostenrisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts, der sich aus Veränderungen der bei der Verwaltung von Versicherungsverträgen tatsächlich angefallenen gegenüber den kalkulierten Kosten ergibt.

Der Kostenverlauf wird durch Betriebskosten und Provisionen bestimmt, denen angemessen vorsichtige Kostenzuschläge in den Beiträgen gegenüberstehen. Die Produktkalkulation stützt sich dabei auf eine adäquate Kostenrechnung.

Marktrisiken

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität von Finanzmarktdaten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beeinflussen.

Die Gesellschaft verfügt über detaillierte Kapitalanlagerichtlinien, die das Anlageuniversum, besondere Qualitätsmerkmale, Emittentenlimite und Anlagengrenzen festlegen. Diese orientieren sich an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, sodass eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht wird. Zudem wird eine klare Funktionstrennung zwischen operativer Steuerung des Kapitalanlagerisikos und Risikocontrolling sichergestellt.

Zinsrisiken

Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder auf die Volatilität der Zinssätze.

Dem Zinsrisiko wird vor allem durch regelmäßige Asset-Liability-Analysen, kontinuierliche Beobachtung der Kapitalanlagen und -märkte sowie Ergreifen entsprechender Steuerungsmaßnahmen Rechnung getragen. Bei Bedarf kommen auch geeignete Kapitalmarktinstrumente zum Einsatz.

Darüber hinaus können die zusätzlich zum Garantiezins gezahlten Überschussbeteiligungen der Kapitalmarktlage angepasst werden.

Die bei Vertragsabschluss von bestimmten Produkten garantierte Mindestverzinsung muss dauerhaft erwirtschaftet werden. Ein Zinsgarantierisiko besteht darin, dass Neuanlagen in Niedrigzinsphasen möglicherweise den garantierten Zins nicht erzielen werden. Hierin

liegt derzeit das bedeutendste Risiko der deutschen Lebensversicherung.

Zudem ist es aufgrund des begrenzten verfügbaren Angebots an lang laufenden festverzinslichen Wertpapieren am Kapitalmarkt nahezu unmöglich, die Zinsverpflichtungen der Verträge fristenkonform zu bedecken. Dies führt dazu, dass die Zinsbindung der Aktivseite kürzer ist als diejenige der Verpflichtungsseite (sogenannter Durations- oder Asset-Liability-Mismatch).

Durch die gesetzliche Anforderung zur Bildung einer Zinszusatzreserve birgt ein dauerhaft niedriges Zinsniveau das Risiko erheblicher Aufwände für Zuführungen zur Zinszusatzreserve. Dies erfordert hohe Verzinsungen der Kapitalanlage, die teilweise nur durch das Realisieren von Bewertungsreserven sichergestellt werden können. Bei einem schnellen Zinsanstieg besteht das Risiko, dass weiterhin hohe Zuführungen zur Zinszusatzreserve erforderlich sind, hierfür aber keine Bewertungsreserven mehr realisiert werden können.

Sollte das niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten weiterhin langfristig anhalten, so würde dies die Gesellschaft wie auch die gesamte Branche der Pensionskassen vor erhebliche Herausforderungen stellen.

Kreditrisiken aus der Kapitalanlage

Kreditrisiken beschreiben allgemein die Risiken eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, die sich aus einem Ausfall oder aufgrund einer Veränderung in der Bonität bzw. Bewertung der Bonität (Credit Spread) von Wertpapieremittenten und weiteren Gegenparteien von Kapitalanlagetiteln ergeben.

Die Gesellschaft führt regelmäßig Bonitätsprüfungen der vorhandenen Schuldner durch. Bonitätsrisiken unter Investmentgrade und ohne Rating werden in allenfalls begrenztem Umfang eingegangen.

Zur Steuerung des Ausfall- bzw. Bonitätsrisikos werden Ratingkategorien und Sicherungsinstrumente berücksichtigt. Die Bonität der Schuldner wird laufend überwacht. Wesentlicher Anhaltspunkt für die Investitionsentscheidung durch das Portfolio-Management sind die durch externe Agenturen wie Standard & Poor's, Moody's oder Fitch vergebenen Ratingklassen.

Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen ¹⁾

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %
AAA	903,3	47,9
AA	659,3	34,9
A	147,0	7,8
BBB	169,9	9,0
< BBB	3,8	0,2
ohne Rating	3,7	0,2
Emittentenrisiko	1.886,8	100,0

¹⁾ inkl. Rentenfonds

Zur Minderung des Konzentrationsrisikos wird eine breite Mischung und Streuung der Anlagen beachtet. Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern werden möglichst vermieden.

Gliederung der festverzinslichen Kapitalanlagen ¹⁾ nach Art der Emittenten

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %
Staats- und Kommunalanleihen	1.095,8	58,1
Gedekte Schuldverschreibungen	440,6	23,3
Industrieanleihen	133,2	7,1
Erstrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	164,3	8,7
Nachrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	47,2	2,5
Verbundene Unternehmen	5,7	0,3
Summe	1.886,8	100,0

¹⁾ inkl. Rentenfonds

Aktienrisiken

Das Aktienrisiko bezeichnet das Risiko aus Änderungen des Aktienkursniveaus.

Das Aktienkursänderungsrisiko besitzt aufgrund der niedrigen Aktienquote der Gesellschaft nur ein begrenztes Gefahrenpotenzial.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko steht für das Risiko aus Schwankungen des Werts der in der Kapitalanlage gehaltenen Immobilien. Hierbei werden sowohl Immobilien im engeren Sinne (z. B. Grundstücke und Gebäude) als auch Immobilienfonds berücksichtigt.

Bei direkten Investitionen in Immobilien werden auf Objekt- und Portfolio-Ebene regelmäßig die Rendite und weitere wesentliche

Performance-Kennzahlen (z. B. Leerstände oder Rückstände) gemessen. Bei indirekten Immobilieninvestitionen wird das Risiko durch regelmäßige Beobachtung der Fondsentwicklung und -performance kontrolliert.

Infrastrukturanlagerisiken

Risiken aus Infrastrukturanlagen beziehen sich auf Wertänderungen und Schwankungen in den Erträgen entsprechender Infrastrukturanlagen. Ihre Steuerung erfolgt über sorgfältige Due-Diligence-Prüfungen im Vorfeld sowie laufende Monitoring-Maßnahmen. Hierfür wird spezialisiertes Know-how vorgehalten.

Währungsrisiken

Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.

Das Währungsrisiko spielt bei der Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle, da die Kapitalanlage fast ausschließlich in Euro erfolgt.

Derivate und strukturierte Produkte

Sofern Derivatgeschäfte zur Ertragsvermehrung, Erwerbsvorbereitung und Absicherung von Beständen sowie Geschäfte mit strukturierten Produkten getätigt werden, werden sie im Rahmen der internen Richtlinien der Gesellschaft abgeschlossen. Derivatpositionen und -transaktionen werden im Reporting detailliert aufgeführt. Auf der einen Seite sind Derivate wegen ihrer sehr niedrigen Transaktionskosten und ihrer sehr hohen Marktliquidität und -transparenz effiziente und flexible Instrumente zur Portfoliosteuerung. Auf der anderen Seite gehen mit dem Einsatz von Derivaten auch zusätzliche Risiken wie z. B. Basisrisiko, Kurvenrisiko und Spread-Risiko einher, die detailliert überwacht und zielgerecht gesteuert werden.

Zur Absicherung des Wiederanlagerisikos wurden im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Quoten Vorkäufe im Direktbestand durchgeführt.

Strukturierte Produkte waren zum 31.12.2016 mit einem Gesamtbuchwert von 131,6 (163,4) Mio. EUR im Direktbestand.

Gegenparteausfallrisiken

Das Gegenparteausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern der Gesellschaft ergeben. Es deckt u. a. risikomindernde Verträge wie z. B. Rückversicherungsvereinbarungen und Forderungen gegenüber Vermittlern ab.

Informationen zu Ausfallrisiken in der Kapitalanlage finden sich oben unter dem Stichwort der Kreditrisiken.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern

Beim Forderungsausfallrisiko gegenüber Rückversicherern handelt es sich um die Möglichkeit des Ausfalls von Anteilen der Rückversicherer an versicherungstechnischen Passiva abzüglich Rückversicherungsdepots oder anderer Sicherheiten.

Zur Risikominderung wird die Bonität der Rückversicherungspartner bei der Auswahl der Vertragspartner berücksichtigt und im Vertragsverlauf überwacht. Der Ausfall von Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft ist aufgrund der guten Ratings der Rückversicherungspartner nur ein geringes Risiko.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass die Gesellschaft nicht in der Lage ist, ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. So können z. B. wegen der Illiquidität von Märkten oder Anlagen Bestände nicht oder nur mit Verzögerungen veräußert werden oder offene Positionen nicht oder nur mit Kursabschlägen geschlossen werden.

Den Liquiditätsrisiken wird durch eine kontinuierliche Abstimmung der Fälligkeiten der Kapitalanlagen und der finanziellen Verpflichtungen begegnet. Durch eine hinreichend liquide Anlagestruktur wird sichergestellt, dass die Gesellschaft jederzeit in der Lage ist, die erforderlichen Auszahlungen zu leisten.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt.

Risiken aus Prozessen

Prozessrisiken beschreiben Risiken von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen.

Um Prozessrisiken entgegenzuwirken, hat die Gesellschaft ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet, durch das Prozessrisiken systematisch identifiziert und mit Kontrollmaßnahmen versehen werden. Die Notwendigkeit, Vollständigkeit und Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen wird im Rahmen von regelmäßigen Prozessreviews durch den jeweiligen Prozessverantwortlichen bewertet. Die Interne Revision beurteilt in regelmäßigen Abständen von ihrem objektiven Standpunkt aus, inwiefern die Kontrollen angemessen und wirksam sind.

Personelle Risiken

Personelle Risiken bezeichnen Risiken, die sich aus einem Mangel an qualifizierten Fach- und Führungskräften ergeben. Diese sind für das Geschäft mit starker Kundenorientierung sowie die Umsetzung wichtiger Projekte notwendig.

Zur Minderung von personellen Risiken legt die Gesellschaft großen Wert auf Aus- und Fortbildung. Moderne Führungsinstrumente und Anreizsysteme fördern einen hohen Einsatz der Mitarbeiter. Auch Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der Mitarbeiter sowie Prozessdokumentationen und Vertretungsregelungen tragen dazu bei, Personalrisiken zu reduzieren.

Risiken aus Business Continuity und IT Service Continuity, Informations- und IT-Sicherheitsrisiken

Risiken aus Business Continuity und IT Service Continuity bezeichnen Risiken, die aus dem Ausfall wesentlicher Teile oder des Totalausfalls der Infrastruktur resultieren. Hierzu zählen Störungen der Gebäudeinfrastruktur oder der Ausfall von oder technische Probleme mit der IT-Infrastruktur. Informations- und IT-Sicherheitsrisiken schließen insbesondere Informationsverluste und IT-Sicherheitsverletzungen ein.

Risiken aus Störungen der Gebäudeinfrastruktur reduziert die Gesellschaft u. a. durch die Einhaltung von Sicherheits- und Wartungsvorschriften sowie Brandschutzmaßnahmen. Um Risiken aus einer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs aufgrund von Krisen oder Notfällen zu begegnen, ist ein Krisenmanagement etabliert. Der Notfallvorsorge wird mittels eines Notfallhandbuchs, der Durchführung von Business-Impact-Analysen zur Ermittlung der Kritikalität von Geschäftsprozessen, der Einrichtung eines Krisenstabs und Notfallteams Rechnung getragen.

Das Risiko des Ausfalls der IT-Infrastruktur wird durch regelmäßige Kontrollen, redundante Systeme, Backup- und Recovery-Verfahren sowie Rufbereitschaft verringert. Gezielte Investitionen in die Sicherheit und Verfügbarkeit der Informationstechnologie erhalten und steigern das bestehende hohe Sicherheitsniveau.

Sicherheit im IT-Bereich wird bei der Gesellschaft durch Zugangskontrollen, Zugriffsberechtigungssysteme und Sicherungssysteme für Programme und Datenhaltung gewährleistet. Bei der Verbindung interner und externer Netzwerke ist eine schützende Firewall-Technik installiert, die regelmäßig überprüft und ständig weiterentwickelt wird.

Um bei allen Mitarbeitern ein gutes Grundverständnis für die Bedeutung, Bedrohungen und Sicherheit von Informationen zu gewährleis-

ten, werden zielgruppenorientierte Trainingsmaßnahmen zur Informationssicherheit durchgeführt.

Compliance-Risiken inklusive steuerlicher und rechtlicher Risiken, Betrugsrisiken

Compliance-Risiken beschreiben Risiken der Nichteinhaltung von Recht und Gesetz, regulatorischen Anforderungen sowie selbstgesetzten Regeln. Sie schließen steuerliche und rechtliche Risiken ein. Betrugsrisiken beinhalten interne und externe Betrugsfälle einschließlich nicht autorisierter Handlungen. Rechtliche Risiken liegen in Verträgen und allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen wie z.B. insbesondere geschäftsspezifischen Unwägbarkeiten des Wirtschafts- und Steuerrechts.

Dem Risiko von dolosen Handlungen begegnet die Gesellschaft durch Regelungen und interne Kontrollen in den Fachbereichen. So unterliegen Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen strengen Vollmachts- und Berechtigungsregelungen. Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bei wichtigen Entscheidungen und Stichproben bei serienhaften Geschäftsvorfällen erschweren dolose Handlungen. Darüber hinaus prüft die Interne Revision unternehmensweit Systeme, Prozesse und Einzelfälle.

An Risiken aus gesetzlichen Änderungen oder Rechtsprechung sind aktuell insbesondere zu benennen:

- In einem rechtskräftigen Urteil eines Oberlandesgerichts gegen eine Schwestergesellschaft des Talanx-Konzerns wurde die Verrechnung von nicht gezielten Abschlusskosten in den ersten fünf Vertragsjahren beanstandet, da nicht sichergestellt sei, dass der Mindestrückkaufwert erreicht werde. Eventuelle mittelbare Auswirkungen des Urteils werden geprüft.
- Die Umsetzung der EU-Versicherungsvertriebsrichtlinie (Insurance Distribution Directive, IDD) wird fortlaufend beobachtet. Mögliche Auswirkungen auf die Gesellschaft werden analysiert.

Mögliche Entwicklungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder gesetzliche Änderungen, insbesondere gesellschaftsrechtlicher, produktrechtlicher oder steuerlicher Natur, werden frühzeitig identifiziert und eng überwacht.

Outsourcing-Risiken

Outsourcing-Risiken bezeichnen Risiken, die sich aus einer unzureichenden Leistungserbringung von Dienstleistern ergeben.

Ausgliederungen von Funktionen und Versicherungstätigkeiten erfolgen unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben so-

wie entsprechender interner Richtlinien. Dabei wird durch geeignete vertragliche Vereinbarungen sowie durch den Einsatz von Instrumenten zur laufenden Überwachung und Beurteilung der Qualität der durchgeführten Dienstleistungen sichergestellt, dass die Gesellschaft ihrer Steuerungs- und Kontrollfunktion nachkommen kann.

Andere materielle Risiken

Projektrisiken

Projektrisiken beschreiben Risiken einer Gefährdung des vorgesehenen Ablaufs oder einer Nichterreichung der Ziele von Projekten.

Projektrisiken und ihre Auswirkungen werden im Rahmen des Projektmanagements systematisch erhoben. Der Fortschritt der Projekte wird regelmäßig überprüft und bewertet. Dadurch wird sichergestellt, dass rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen werden können, wenn sich bezüglich der Erreichung der Zeit- und Qualitätsziele Schwierigkeiten abzeichnen sollten.

Im Rahmen eines übergreifenden Programms innerhalb des Geschäftsbereichs der Talanx Deutschland sollen in den kommenden Jahren verschiedene Projekte umgesetzt werden, die die Zukunftssicherung der Gesellschaft zum Ziel haben. Die Steuerung der mit solchen Maßnahmen zwangsläufig verbundenen Risiken erfolgt durch ein striktes Projektmanagement mit direkter Anbindung an den Vorstand und Schnittstellen zu den betroffenen Ressorts.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken sind Risiken, die sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens ergeben.

Reputationsrisiken werden intensiv beobachtet. Zur Verringerung von Reputationsrisiken ist ein professionelles Beschwerdemanagement installiert. Darüber hinaus wird die Gefahr von Reputationsrisiken durch ein Qualitätsmanagement hinsichtlich der Produkte und der wesentlichen Geschäftsprozesse der Gesellschaft sowie durch strenge Datenschutz- und Compliance-Richtlinien begrenzt. Das Kommunikationsmanagement im Krisenfall ist geregelt.

Strategische Risiken

Strategische Risiken ergeben sich aus der Gefahr eines Missverhältnisses zwischen der Geschäftsstrategie und den sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen des Unternehmensumfelds. Ursachen für ein solches Ungleichgewicht können z. B. falsche strategische Grundsatzentscheidungen oder eine inkonsequente Umsetzung der festgelegten Strategien sein. Auch negative Entwicklungen im Markt- bzw. Unternehmensumfeld sowie Marktanteilsverluste und Vertriebsrisiken werden unter den Begriff der strategischen Risiken gefasst.

Die Gesellschaft überprüft ihre Unternehmens- und Risikostrategie mindestens jährlich und passt Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an. Strategischen Risiken wird im Rahmen der Planungs- und Steuerungsprozesse begegnet.

Prognose- und Chancenbericht

Unsere nachstehenden Ausführungen stützen sich auf fundierte Experteneinschätzungen Dritter sowie auf die von uns als schlüssig erachteten Planungen und Prognosen; dennoch handelt es sich um unsere subjektive Einschätzung. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächlichen Entwicklungen von der hier wiedergegebenen erwarteten Entwicklung abweichen werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2017 erwarten wir eine Fortsetzung des globalen Wachstums, das sich im Vergleich zum Vorjahr etwas beschleunigen sollte. Die Industriestaaten dürften leicht über dem Niveau des Berichtsjahres expandieren, auch der Wachstumsbeitrag der Schwellenländer sollte ansteigen. Der politische Wechsel in den USA lässt weltweit Nachfrageimpulse erwarten, sodass wir mit einer jährlichen Wachstumsrate der Weltwirtschaft von leicht über 3 % rechnen.

Diese außenpolitischen Impulse, zu denen auch steigende Nettoexporte zählen, würden die für die Eurozone zu erwartende nachlassende Konsumdynamik substituieren. Trotz anhaltender politischer Unsicherheiten im europäischen Wahljahr und eines damit einhergehend möglicherweise eintrübenden Geschäftsklimas bleibt der Ausblick auf die Eurozone für 2017 insgesamt positiv. Für die USA zeichnet sich nach wie vor stabiles Wachstum ab, was sich nach angekündigten Steuersenkungen, Erhöhungen der Investitionen in die Infrastruktur und einer Deregulierungswelle im Zuge des Amtsantritts des neuen US-Präsidenten beschleunigen dürfte. Da der US-Arbeitsmarkt nahezu Vollbeschäftigung aufweist, ist davon auszugehen, dass der private Verbrauch neben dem fiskalischen Impuls auch hier weiterhin ein zentraler Wachstumstreiber bleibt. Allerdings rechnen wir aufgrund steigender Löhne und Preise mit einer höheren Inflation (Lohn-Preis-Spirale).

Auch für die Schwellenländer erwarten wir ein anziehendes Wachstum, das jedoch von einem relativ niedrigen Niveau ausgeht. Hier dürfte die fundamentale Stabilisierung der Rohstoffpreise insbesondere bei den rohstoffexportierenden Schwellenländern unterstützend wirken und auch nach der Währungsabwertung in einigen Ländern zu einer spürbaren Exportbelebung im Jahr 2017 führen. Gleichwohl bleiben spezifische Risiken nach wie vor bestehen: Speziell die Transformation der chinesischen Volkswirtschaft von einem export-

und investitionsorientierten Wachstumsmodell zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft in Kombination mit strukturellen Problemen – wie die hohe Verschuldung des Privatsektors – werden auch 2017 belastend wirken. Wir rechnen mit einer weiteren Abschwächung des Wachstums in China.

Kapitalmärkte

Da das Inflationsziel der EZB für den Euroraum trotz erster Erhöhungen auf absehbare Zeit nicht erreicht werden dürfte, nehmen wir an, dass der geldpolitische Kurs der EZB expansiv bleiben wird. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Anleihen-Kaufprogramme der Zentralbanken abnehmen. Dieses sollte schrittweise erfolgen, um das Risiko von sprunghaften Aufschlägen infolge der Umkehr des „Yield-Huntings“ zu minimieren. Insgesamt bleiben während der anhaltenden Niedrigzinsphase Liquidität und Eigenkapitalisierung zur Optimierung der Kapitalstruktur die dominierenden Themen im Bankensektor, auch wenn die US-amerikanische Notenbank Fed eine stetige Anhebung der Leitzinssätze im vergangenen Dezember eingeleitet hat und für 2017 drei bis vier weitere Zinsschritte erwartet werden.

In diesem Umfeld ist das Bewertungsniveau der Aktienmärkte in den USA sowie Europa deutlich angestiegen, während dagegen Gewinnmargen und Eigenkapitalrenditen in Europa recht niedrig sind. Bei einer weiteren Stabilisierung der europäischen Konjunktur erwarten wir jedoch, dass Gewinnmargen und Eigenkapitalrenditen aufholen, auch wenn Unsicherheiten im europäischen Wahljahr 2017 sowie die Ungewissheit über die zukünftige US-Politik zu einer erhöhten Marktvolatilität führen werden.

Künftige Branchensituation

Angesichts der bereits seit Längerem bestehenden und auch 2017 andauernden konjunkturellen Risikofaktoren sind Prognosen generell mit einem Vorbehalt behaftet. Unter der Annahme, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verschlechtern, wird die Versicherungswirtschaft nach Einschätzung des GDV 2017 ein gegenüber dem Vorjahr leicht zunehmendes Beitragsvolumen erreichen.

Lebensversicherung

Nachdem das Beitragsvolumen – insbesondere das des Einmalbeitragsgeschäfts – der deutschen Lebensversicherer im Berichtsjahr rückläufig war, geht der GDV für 2017 von einem weiteren leichten Rückgang der Beiträge aus. Die anhaltend niedrigen Zinsen und ihre negativen Auswirkungen auf die Gesamtverzinsung dürften die Profitabilität der deutschen Lebensversicherer 2017 weiterhin belasten.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen

Finanzmarktstabilität

Durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten in den vergangenen Jahren ist das Vertrauen der Kunden in Banken erheblich beeinträchtigt worden. Auch bei den Versicherungsnehmern besteht vor dem Hintergrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus sowie der Volatilität an den Kapitalmärkten ein anhaltend hoher Grad an Belastung und Verunsicherung. Dieses gesamtwirtschaftliche Umfeld bietet aber auch Chancen für Versicherungsunternehmen, innovative Produkte zu entwickeln, die auf diese neuen Gegebenheiten ausgerichtet sind. In Europa, den USA und Asien haben sich vermehrt Lebensversicherer auf den Absatz moderner, flexibler und an die Aktienmarktentwicklung gebundener Produkte konzentriert. Die Zukunft der klassischen deutschen Lebensversicherung, bei der Garantien für die gesamte Laufzeit gegeben werden, ist mehr als fraglich. Der Trend geht eindeutig hin zu kapitaleffizienten Produkten, die für den Lebensversicherer eigenmittelschonend sind und gleichzeitig den Kunden zusätzliche Ertragschancen bieten.

Sollte sich das Finanzmarktumfeld deutlicher stabilisieren und die Produktinnovationen schneller Akzeptanz finden als derzeit erwartet, könnte sich dies positiv auf das Prämienwachstum, die Kapitalanlagerendite und die Ertragslage auswirken und dazu führen, dass wir unsere Prognosen übertreffen.

Interne Prozesse

Um unseren Konzern zukunfts- und wettbewerbsfähiger zu machen und um Kostennachteile im deutschen Privatkundengeschäft zu beseitigen, richten wir den Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland derzeit neu aus. Unter dem Strich geht es darum, Komplexität zu reduzieren und Prozesse kundenfreundlicher und effizienter zu gestalten. Grundlage sind die vier Handlungsfelder Kundennutzen, profitables Wachstum, Effizienz und Leistungskultur. Nur wenn unsere Kunden rundum zufrieden sind, werden wir erfolgreich sein. Daher arbeiten wir daran, sowohl Endkunden als auch Vertriebspartnern ihre Entscheidung so einfach wie möglich zu machen – klare Sprache, schnelle Lösungen, überzeugende Produkte. Um eine positive Prämien- und Ergebnisentwicklung zu erreichen, müssen wir unser Geschäft an eindeutigen Risiko- und Renditevorgaben ausrichten und Chancen im Markt konsequent nutzen. Deshalb müssen wir jedes einzelne Produkt auf seine nachhaltige Rentabilität prüfen. Wir arbeiten daran, vorhandene Kundenkontakte noch konsequenter bereichsübergreifend zu nutzen. Diese Neuausrichtung erfordert die Überzeugung, dass sich unser Denken und Handeln konsequent am Maßstab Leistung orientieren muss. Eine solche Kultur wollen wir aktiv fördern.

Sollte die Neuordnung der internen Prozesse schneller als derzeit erwartet voranschreiten, könnte sich dies positiv auf die Prämienent-

wicklung und die Ertragslage auswirken und dazu führen, dass wir unsere Prognosen übertreffen.

Digitalisierung

Kaum eine Entwicklung verändert die Versicherungsbranche so nachhaltig wie die Digitalisierung. Durch die Digitalisierung werden Geschäftsprozesse und -modelle mittels Nutzung von IT-Systemen grundlegend neu gestaltet. Diese Entwicklung ist insbesondere für die Wettbewerbsfähigkeit von Versicherungsunternehmen entscheidend. Hierdurch ergeben sich neue Möglichkeiten bei der Kommunikation mit Kunden, der Abwicklung von Versicherungsfällen, der Auswertung von Daten und der Erschließung neuer Geschäftsfelder. Wir führen zahlreiche Projekte durch, um den digitalen Wandel zu gestalten. So sollen die Geschäftsprozesse im Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland effizienter gestaltet, die Dunkelverarbeitungsquote erhöht und die Servicequalität verbessert werden. So ist es möglich, Versicherungsfälle deutlich schneller, unkomplizierter und kostengünstiger abzuwickeln. Schon heute nutzen wir IT-Systeme, um Kunden passgenaue Angebote machen zu können und Prämien automatisiert und in Echtzeit festsetzen zu können. Vor allen Dingen aber bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, als großer Konzern von Skaleneffekten zu profitieren.

Sollten die Digitalisierungsprojekte im Konzern schneller umgesetzt werden als derzeit erwartet, könnte sich dies positiv auf die Prämienentwicklung und die Ertragslage auswirken und dazu führen, dass wir unsere Prognose übertreffen.

Entwicklung der HDI Pensionskasse AG

Auch im Jahr 2017 wird die Privat- und Firmenversicherung Deutschland die Umsetzung des auf mehrere Jahre angelegten Programms KuRS weiterverfolgen. Ziele des Programms sind es, den Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland zu stabilisieren, seine Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern und somit zukunftsfähig aufzustellen. Schwerpunkte bei der Umsetzung sind zunächst die Optimierung der Geschäftsprozesse und die Erhöhung der Servicequalität für Kunden und Vertriebspartner. Hierzu gehören auch die Modernisierung der IT sowie die Erhöhung der Transparenz über Bestandsdaten und Kosten.

Die Konzentration auf unsere Kernkompetenzen ist dabei weiterhin ein zentraler Baustein unserer Strategie.

Das Wachstumstempo der der Lebensversicherung zugehörigen Pensionskassen hat sich in den letzten Jahren nur noch verhalten entwickelt. Hiervon war in den vergangenen Jahren auch unsere Gesellschaft betroffen, auch weil Produkte wie die konventionelle Renten-

versicherung mit Indexbeteiligung „TwoTrust Selekt“ und die fondsgebundenen Hybridprodukte („TwoTrust“-Produktgeneration) mit den damit verbundenen Wettbewerbsvorteilen nur in der Direktversicherung eingeführt und nur von unserer Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG angeboten werden. Auch die Neueinführung von „TwoTrust Kompakt“ als moderne, klassische Rentenversicherung erfolgte zum 1.1.2016 ausschließlich über die HDI Lebensversicherung AG in den Durchführungswegen Direktversicherung und Unterstützungskasse. Als modernes, klassisches Produkt für den sicherheitsorientierten Kunden kann TwoTrust Kompakt von HDI Leben auch als Nachfolgeprodukt im Rahmen der Firmengruppenverträge der HDI Pensionskasse AG genutzt werden.

Für die HDI Pensionskasse AG hat die strategische Neuausrichtung im Bereich der betrieblichen Altersversorgung zur Folge, dass das vertriebllich akquirierte Neugeschäft mit konventionellen Lebensversicherungen alter Bauart im Jahr 2016 zugunsten von kapitaleffizienten Produkten der Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG aufgegeben wurde. Bestehende Versicherungsverträge werden unverändert fortgeführt. Die HDI Pensionskasse AG wird die zugesagten Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden selbstverständlich erfüllen.

Ausblick der HDI Pensionskasse AG

Im Hinblick auf die weiterhin insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen und die weitgehende Einschränkung des Neugeschäfts planen wir unverändert einen signifikanten Rückgang der entsprechenden Beiträge. Auch bei den Bruttobeiträgen erwarten wir eine durch Abläufe geprägte, rückläufige Entwicklung. Das Kapitalanlageergebnis wird unserer Einschätzung nach durch Realisationen gestützt sein und infolgedessen gegenüber dem des Berichtsjahres deutlich ansteigen. Angesichts weiterhin notwendiger Reservestärkungen erwarten wir insgesamt für 2017 ein unverändert ausgeglichenes Ergebnis.

Köln, den 28. Februar 2017

Der Vorstand:

Ulrich Rosenbaum

Dr. Michael Pannenberg

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2016 (Anlage 1 zum Lagebericht)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten TEUR
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	124.458	115.374	1.861	980	2.814
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	2.343	2.719	369	316	423
2. sonstiger Zugang	7.562	4.866	11	7	237
3. gesamter Zugang	9.904	7.586	380	323	660
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	171	104	0	0	0
2. Beginn der Altersrente	366	314	0	0	0
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	3	3	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	1.208	1.335	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	5.841	8.907	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	15	10	0	0	0
7. sonstiger Abgang	8.109	4.982	497	349	559
8. gesamter Abgang	15.714	15.655	497	349	559
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	118.649	107.304	1.744	954	2.916
davon:					
1. beitragsfreie Anwartschaften	44.876	48.451	0	0	0
2. in Rückdeckung gegeben	1.028	948	0	0	0

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	TEUR	TEUR	TEUR
19	0	4	14	0	1
6	0	0	0	0	0
0	0	0	2	0	0
6	0	0	2	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
25	0	4	16	0	1
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0

Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2016 (Anlage 2 zum Lagebericht)

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	0	0	37.448	452.373
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	0	0	35.599	441.538
davon in Rückdeckung gegeben	0	0	1.386	40.127

Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)

Folgende Versicherungsarten sind im Geschäftsjahr 2016 betrieben worden:

Rentenversicherung

- konventionelle Rentenversicherung
- fondsgebundene Rentenversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Zusatzversicherung

- Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherung
- sonstige Zusatzversicherung

Jahresabschluss.

26 Bilanz

30 Gewinn- und Verlustrechnung

32 Anhang

32 Angaben zur Gesellschaft

32 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

38 Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

44 Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

46 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

48 Sonstige Angaben

Bilanz zum 31.12.2016

Aktiva	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
TEUR					
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		26.046			17.676
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		4.898			4.898
3. Beteiligungen		450			0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.050			0
			32.444		22.574
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		43.152			34.046
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		828.581			822.710
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen		446.375			437.502
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen		243.621			160.024
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine		12			0
d) übrige Ausleihungen		3.034			4.383
			693.041		601.910
4. Einlagen bei Kreditinstituten		0			2.000
			1.564.774		1.460.666
				1.597.218	1.483.240
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice					
				72.496	66.526

Aktiva	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
TEUR				
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft				
– davon an verbundene Unternehmen: 0 (1) TEUR				
– davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
1. Versicherungsnehmer				
a) fällige Ansprüche	7.713			6.491
b) noch nicht fällige Ansprüche	1.189			1.638
2. Versicherungsvermittler	3.900			2.862
		12.802		10.991
II. Sonstige Forderungen				
– davon an verbundene Unternehmen: 9 (2) TEUR		4.243		3.505
– davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
			17.045	14.496
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		9.608		7.839
II. Andere Vermögensgegenstände		38		26
			9.645	7.865
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
Abgegrenzte Zinsen und Mieten			20.194	21.518
Summe der Aktiva			1.716.598	1.593.645

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 (5) VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, den 24. Februar 2017

Der Treuhänder: Walter Schmidt

Passiva	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
TEUR				
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital		5.000		5.000
II. Kapitalrücklage				
		34.170		34.170
III. Gewinnrücklagen				
		435		435
			39.605	39.605
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	8.325			8.611
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	643			97
		7.682		8.514
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.529.944			1.407.991
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	757			701
		1.529.187		1.407.291
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.870			478
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	264			190
		1.606		288
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	33.423			33.288
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		33.423		33.288
			1.571.898	1.449.381
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	72.494			66.524
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		72.494		66.524
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	2			2
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		2		2
			72.496	66.526
D. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen				
		750		460
II. Sonstige Rückstellungen				
		857		618
			1.607	1.078
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				
			1.400	798

Passiva	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
TEUR				
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft				
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0 (0) TEUR				
– davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
1. gegenüber Versicherungsnehmern	18.500			14.581
– davon verzinslich angesammelte Überschussanteile: 4.746 (4.684) TEUR				
2. gegenüber Versicherungsvermittlern	2.126			1.904
		20.626		16.485
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		594		35
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 136 (32) TEUR				
– davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
III. Sonstige Verbindlichkeiten		8.372		19.738
– davon aus Steuern: 0 (0) TEUR				
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (0) TEUR				
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 1.222 (1.623) TEUR				
– davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
			29.592	36.258
Summe der Passiva			1.716.598	1.593.645

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Abs. 1 Nr. 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 233 Abs. 3 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 22. November 2016 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Köln, den 24. Februar 2017

Der Verantwortliche Aktuar: Dr. Michael Pannenberg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

	2016	2016	2016	2015
TEUR				
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	112.903			109.199
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-1.588			-956
		111.315		108.243
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	286			247
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	546			7
		832		254
			112.147	108.497
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3.605	3.571
3. Erträge aus Kapitalanlagen – davon aus verbundenen Unternehmen: 153 (287) TEUR			58.217	46.071
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			3.614	3.609
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			3.931	28.809
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-37.965			-31.845
bb) Anteil der Rückversicherer	694			359
		-37.271		-31.486
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-1.393			279
bb) Anteil der Rückversicherer	74			190
		-1.319		469
			-38.590	-31.017
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-127.922			-140.052
bb) Anteil der Rückversicherer	56			2
		-127.866		-140.050
b) Sonstige versicherungstechnische Nettorückstellungen			-0	-0
			-127.866	-140.050
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-4.963	-9.268
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			-5.169	-5.650
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			-2.028	-1.972
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-119	-30
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-2.665	-1.971
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			114	598

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

	2016	2016	2015
TEUR			
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung – Übertrag		114	598
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		3.145	2.363
2. Sonstige Aufwendungen		-2.751	-3.158
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		509	-196
4. Außerordentliche Erträge	2		141
5. Außerordentliche Aufwendungen	-74		-463
6. Außerordentliches Ergebnis		-71	-322
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-437	-79
8. Sonstige Steuern		0	597
9. Jahresüberschuss = Bilanzgewinn		0	0

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Angaben zur Gesellschaft

Die HDI Pensionskasse AG mit Sitz in Köln wird beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 82614 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft werden nach den für Versicherungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie den relevanten Verordnungen in ihrer zum Bilanzstichtag gültigen Fassung aufgestellt.

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip (§341b Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB), wonach Abschreibungen vorgenommen werden, wenn die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert am Bilanzstichtag liegen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen, sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschulden, übrige Ausleihungen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (§ 341c HGB). Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über den Zeitraum bis zum Zeitpunkt des ersten Call-, Zinsanpassungs- oder Verlängerungstermins amortisiert. Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen, falls am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem beizulegenden Wert liegen.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und andere Kapitalanlagen werden zu Anschaffungskosten oder den darunter liegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB i.V.m. §253 Abs. 3 HGB). Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben. Für voraussichtlich vorübergehende Wertminderungen besteht ein Abschreibungswahlrecht.

Die Ermittlung des beizulegenden Wertes erfolgt für Aktien und Aktienfonds des Anlagevermögens mittels des EPS-Verfahrens (EPS = earnings per share), eines Ertragswertverfahrens je Aktie auf Basis der von unabhängigen Analysten geschätzten jährlichen Gewinnerwartungen oder der darüber liegenden Marktwerte. Sofern der EPS-Wert über 120 % des Marktwertes liegt, erfolgt eine Deckelung bei diesen 120 %. Dabei werden bei Bedarf zusätzliche pauschale Abschläge vorgenommen. Für Renten und Rentenfonds des Anlagevermögens erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Wertes auf Basis eines Nominalwertverfahrens, das auf dem Ansatz des bei Endfälligkeit zu erwartenden Nominalwertes jedes einzelnen Rententitels beruht, sofern keine bonitätsbedingten Anpassungen vorzunehmen sind. Für gemischte Fonds des Anlagevermögens erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Wertes separat für die einzelnen Bestandteile wie Aktien und Renten nach den oben genannten Verfahren. In den beizulegenden Wert des Fonds gehen zusätzlich die übrigen Konstituenten des Fonds wie z.B. Cash, Zinsabgrenzungen, Forderungen/Verbindlichkeiten ein.

Im Rahmen des Wertaufholungsgebots (§ 253 Abs. 5 HGB) werden auf Vermögensgegenstände, die in früheren Jahren abgeschrieben wurden, Zuschreibungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungswerte oder auf einen niedrigeren Verkehrs- oder Börsenwert vorgenommen, wenn die Gründe für die dauerhafte Wertminderung entfallen sind und eine Werterholung eingetreten ist. Die Zuschreibungen werden erfolgswirksam vereinnahmt.

Derivate werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten oder dem niedrigen beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Zur Absicherung des Wiederanlagerisikos hat die Gesellschaft Zinstermingeschäfte (Vorkäufe) abgeschlossen. Diese Vorkäufe stellen bilanzunwirksame schwebende Geschäfte dar, die mit der Barwertmethode auf Basis von Zinsstrukturkurven bewertet werden. Für Vorkäufe und damit abgesicherte Grundgeschäfte werden keine Bewertungseinheiten gebildet. Da eine „Buy and Hold“-Strategie für die den Vorkäufen zu Grunde liegenden Grundgeschäfte verfolgt wird und diese wie Anlagevermögen bilanziert werden, wird auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung im Falle negativer Wertentwicklungen verzichtet.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft zur Absicherung des Zinsänderungs- und Spreadrisikos sog. Vorverkäufe (Forward Sales) abgeschlossen. Diese werden ebenfalls mit der Barwertmethode auf Basis von Zinsstrukturkurven bewertet. Aufgrund der vergleichbaren Risiken der designierten Grundgeschäfte (Forwardkurse) und der Sicherungsinstrumente (Forward Sales) wurden diese als Bewertungseinheiten gem. § 254 HGB zusammengefasst. Die Bilanzierung erfolgt für sich gegenseitig ausgleichende Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko nach der Einfrierungsmethode gem. § 254 HGB. Ineffektive Wertänderungen aus abgesicherten Risiken sowie Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden imparitätisch nach den GoB behandelt. Bei den nach § 254 HGB gebildeten Bewertungseinheiten handelt es sich um Micro-Hedges mit einer beabsichtigten Laufzeit von 3 Monaten.

Die prospektive Effektivität der Sicherungsbeziehung wird mit der Critical Term Match Methode und die retrospektive Effektivität mit der Dollar Offset Methode nachgewiesen.

Bei den in Bestand befindlichen strukturierten Produkten handelt es sich um Finanzinstrumente, bei denen das Basisinstrument in Form eines Fixed-Income Kassainstrumentes mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbundenen ist. Die Bilanzierung erfolgt grundsätzlich einheitlich zu fortgeführten Anschaffungskosten wie im Anlagevermögen.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Alle übrigen Aktivposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlweise auf den Bilanztermin abgegrenzt. Die steuerlichen Bestimmungen werden beachtet.

Die Deckungsrückstellung für den Altbestand im Sinne von § 336 VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen berechnet. Das aktuelle Niedrigzinsumfeld und das aufgrund der Methodik zur Ermittlung des gesetzlichen Referenzsatzes absehbar anhaltende Erfordernis einer Reservestärkung machen es notwendig, bereits für das Geschäftsjahr 2016 die Sicherheitsmargen im aufsichtsrechtlichen Altbestand zu erhöhen. Dazu wird eine geschäftsplanmäßig genehmigte Reservestärkung nach der Methode des § 5 Abs. 4 DeckRV mit einem Referenzzinssatz von 2,40 % berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für den Neubestand wird unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 235 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet.

Gemäß zweier Verlautbarungen der BaFin vom 16.10.2015 und 3.11.2015 akzeptiert die Aufsichtsbehörde den Ansatz von Storno und Kapitalabfindung bei der Berechnung der Zinszusatzreserve ab dem Geschäftsjahr 2015 auch für solche Versicherungen, die keine nachreservierten Rentenversicherungen sind. Die Gesellschaft nutzt diese Möglichkeit. Es wird jedoch nicht die von der BaFin erstmals für das Jahr 2016 grundsätzlich eingeführte Möglichkeit genutzt, Sicherheitsmargen bezüglich Biometrie und Kosten anzupassen.

Für Tarife mit geschlechtsunabhängigen Rechnungsgrundlagen („Unisex-Tarife“) untersucht die Gesellschaft regelmäßig die tatsächlichen Mischungsverhältnisse der Geschlechter im Bestand, um festzustellen, ob die geschlechtsunabhängig berechnete Deckungsrückstellung als angemessen angesehen werden kann. Dabei werden die Hinweise der Deutschen Aktuarvereinigung und des Instituts der Wirtschaftsprüfer beachtet. Die Deckungsrückstellung für die Unisex-Tarife im Bestand enthält eine angemessene Sicherheitsmarge bezüglich des Geschlechtermischungsverhältnisses.

Die Deckungsrückstellungen werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats auf den Bilanztermin abgegrenzt.

Angabe zu den bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung verwendeten Methoden und Berechnungsgrundlagen gemäß § 52 Nr. 2a RechVersV zur Ermittlung maßgeblicher Teilbestände (97 %) der Deckungsrückstellung:

Versicherungsbestand	Tarifgeneration	Ausscheide- ordnung	Zinssatz ⁴⁾
Rentenversicherungen	2015	DAV 2004 R Unisex	1,25 %
		GSt 87/93 mod Unisex	1,25 %
	2013	DAV 2004 R Unisex	1,75 %
		GSt 87/93 mod Unisex	1,75 %
	2012	DAV 2004 R	1,75 %
		GSt 87/93 mod	1,75 %
	2012	DAV 2004 T	1,75 %
	2007, 2008	DAV 2004 R	2,25 %
		GSt 87/93 mod	2,25 %
	2007, 2008	DAV 2004 T	2,25 %
	2005, 2006	DAV 2004 R	2,75 %
		GSt 87/93 mod	2,75 %
	2005, 2006	DAV 2004 T	2,75 %
	2000, 2002	DAV 2004 R-B12 ¹⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod	3,25 %
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	2013	DAV 1997 I Unisex ²⁾
GSt 87/93 mod Unisex			1,75 %
2012		DAV 1997 I ²⁾	1,75 %
		GSt 87/93 mod	1,75 %
2007, 2008, 2009		DAV 1997 I ²⁾	2,25 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	2,25 %
2005, 2006		DAV 1997 I ²⁾	2,75 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	2,75 %
2002		DAV 1997 I ²⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	3,25 %

1) oder wertgleiche Ansätze

2) z. T. modifiziert um Zu- und Abschläge für Risikogruppen

3) bei den Tarifen KDE abweichend DAV1994T.

4) Von der Reservestärkung aufgrund der Neubewertung der Deckungsrückstellung in Abhängigkeit vom aktuellen Zinsniveau sind genau die Versicherungsverträge im Altbestand mit einem Rechnungszins von 3,25 % oder 2,75 % betroffen. Im Rahmen der Neubewertung werden 2,40 % für den Altbestand und 2,54 % für den Neubestand als Referenzzinssatz berücksichtigt.

Erläuterungen

Da die DAV von einer deutlicheren Sterblichkeitsverbesserung als bis dahin angenommen ausgeht, hat sie Mitte 2004 neue Sterbetafeln für Rentenversicherungen veröffentlicht und Richtlinien zu ihrer Anwendung beschlossen. Für ab 2005 abgeschlossene Rentenversicherungen wird die Sterbetafel DAV 2004 R bzw. die entsprechende Unisex-Sterbetafel verwendet. Der Einschätzung der DAV für das Erlebensfall- und Langlebighkeitsrisiko folgend und aktuelle Bestandsuntersuchungen zum Erlebensfall- und Langlebighkeitsrisiko berücksichtigend erfolgt für den bis 2004 abgeschlossenen Rentenversicherungsbestand eine Reservestärkung auf der Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-B12 unter Berücksichtigung von Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Dies geschieht für den Neubestand nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden. Für den Altbestand im Sinne von § 2 Nr. 2 Buchst. A der Verordnung über die Mindestbeitragsrückerstattung in der Lebensversicherung erfolgt dies nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen.

Bei beitragsfreien Versicherungen und Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird zusätzlich eine Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten gebildet. Ihre Höhe richtet sich nach den hierfür kalkulatorisch angesetzten Zuschlägen, da diese nach heutigem Kenntnisstand ausreichend bemessen sind. Für beitragspflichtige Versicherungen ist auf Grund der vorsichtigen Prämienkalkulation eine Verwaltungskostenrückstellung grundsätzlich nicht erforderlich. Die gesetzlichen Anforderungen an Mindestwerte für Rückkaufswerte und beitragsfreie Versicherungssummen sind berücksichtigt.

Die Zillmerung der Versicherungen des Altbestands erfolgt nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen. Versicherungen des Neubestands werden mit bis zu 25 % der Beitragssumme gezillmert.

Für zugewiesene Rentenzuwächse berechnet sich die Deckungsrückstellung grundsätzlich mit den Ausscheideordnungen und Zinssätzen, die auch bei der Deckungsrückstellung der entsprechenden garantierten Leistung verwendet werden. Bei Leistungserhöhungen aus der laufenden Gewinnbeteiligung konventioneller Rentenversicherungen der Tarifgeneration 2015 beträgt davon abweichend der Rechnungszinssatz 0 %.

Für dynamische Anpassungen berechnet sich die Deckungsrückstellung grundsätzlich mit den gleichen Rechnungsgrundlagen, die auch für die Grundversicherung verwendet werden.

Die Angabe gemäß § 28 Abs. 8 Nr. 4 RechVersV erfolgt auf der Seite 44.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Rückkäufe, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen wird für die in Frage kommenden Versicherungen einzeln ermittelt. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsleistungen werden in steuerlich zulässiger Höhe berücksichtigt

Die Spätschadenrückstellung betrifft die Versicherungsfälle, die bis zum 31. Dezember eingetreten, aber zu diesem Zeitpunkt dem Unternehmen noch nicht bekannt sind. Die Ermittlung der Spätschadenrückstellung erfolgt auf Basis von Vergangenheitsdaten.

Die Deckungsrückstellung zu Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, folgt dem Aktivwert (vgl. hierzu auch die Erläuterungen zur Aktivseite auf Seite 32).

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die übrigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz für die entsprechende Restlaufzeit der letzten sieben Jahre abgezinst.

Passive latente Steuern aufgrund handels- und steuerrechtlich voneinander abweichender Bewertungsgrundsätze werden mit aktiven latenten Steuern aus Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz verrechnet.

Etwaige über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit einem Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag) von 15,825 % und einem Gewerbesteuersatz von 16,625 %.

Die effektive Steuerquote liegt insbesondere aufgrund steuerbilanzieller Mehrgewinne in den Bereichen der Kapitalanlagen und Sonstige Rückstellungen sowie außerbilanzieller Hinzurechnungen über der nominellen Steuerquote.

Alle übrigen Passivposten werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Beteiligungsgeschäft

Bei Mitversicherungsverträgen werden die von den federführenden Gesellschaften übernommenen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung – ihrem wirtschaftlichen Charakter folgend – für unseren Anteil den entsprechenden Jahresabschlussposten zugeordnet. Für einige Verträge wird die anteilige Deckungsrückstellung nach einem Näherungsverfahren berechnet. Für diese Verträge stehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses entsprechend den Mitteilungen der Konsortialführer nur unterjährige Werte zur Verfügung, die nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden auf den 31.12.2016 fortgeschrieben werden.

Währungsumrechnung

Soweit die Bilanzposten oder Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Beträge in ausländischer Währung enthalten, werden sie zu den amtlich fixierten Mittelkursen vom 31.12.2016 bzw. zu Transaktionskursen umgerechnet. Eine Ausnahme bilden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die zu fortgeführten historischen Kursen angesetzt werden.

Hinweis:

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Abschlusses, werden die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Anhang in Tausend Euro aufgestellt. Die einzelnen Posten, Zwischen- und Endsummen werden kaufmännisch gerundet. Die Addition der Einzelwerte kann daher von den Zwischen- und Endsummen um Rundungsdifferenzen abweichen.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A. im Geschäftsjahr 2016

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
TEUR			
A. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	17.676	8.370	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.898	0	0
3. Beteiligungen	0	450	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.050	0
Summe A.I.	22.574	9.870	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34.046	14.597	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	822.710	45.978	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	437.502	51.511	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	160.024	114.691	0
c) Darlehen und Vorauszahlung auf Versicherungsscheine	0	12	0
d) übrige Ausleihungen	4.383	651	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	2.000	0	0
Summe A.II.	1.460.666	227.440	0
Summe	1.483.240	237.310	0

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
0	0	0	26.046
0	0	0	4.898
0	0	0	450
0	0	0	1.050
0	0	0	32.444
-5.490	0	-1	43.152
-40.107	0	0	828.581
-42.638	0	0	446.375
-31.095	0	0	243.621
0	0	0	12
-2.001	0	0	3.034
-2.000	0	0	0
-123.330	0	-1	1.564.774
-123.330	0	-1	1.597.218

Zu A. Kapitalanlagen

Ermittlung der Zeitwerte der Kapitalanlagen

Die mit dem Ertragswert bewerteten Unternehmen werden standardmäßig mit dem Barwert der künftigen ausschüttbaren finanziellen Überschüsse angesetzt. Bei Gesellschaften, deren nennenswerte Vermögensgegenstände in Grundstücken und Gebäuden bestehen, werden die Verkehrswerte der Grundstücke und Gebäude berücksichtigt. Für Gesellschaften, die nicht am Kapitalmarkt gehandelte Eigenkapitalinstrumente zeichnen, erfolgt die Bewertung analog zu vergleichbaren Instrumenten, die direkt gehalten werden, mit Hilfe des Net-Asset-Value-Verfahrens oder der Discounted-Cash Flow-Methode. Für zeitnah zum Bilanzstichtag erworbene Gesellschaften wird, sofern sich keine Indizien für eine Wertminderung ergeben, ebenfalls der Zeitwert mit dem Zugangsbuchwert, der den Kaufpreis repräsentiert, gleichgesetzt. Bei Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung wird eine Abschreibung vorgenommen.

Die Zeitwertermittlung der sonstigen Kapitalanlagen erfolgt grundsätzlich auf Basis des Freiverkehrswertes gem. § 56 RechVersV. Für Kapitalanlagen, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, gilt als Zeitwert der Wert zum Bilanzstichtag bzw. zum letzten diesem Zeitpunkt vorausgehenden Tag, für den ein Markt- oder Börsenpreis feststellbar war. In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden Renditekurve auf Basis an Finanzmärkten etablierter Preisbildungsverfahren eingesetzt. Kapitalanlagen werden höchstens mit ihrem voraussichtlich realisierbaren Wert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Die Zeitwerte der Ausleihungen an verbundene Unternehmen, sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, der Namensschuldverschreibungen, der Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie der übrigen Ausleihungen werden mit Hilfe von produkt- und ratingspezifischen Renditekurven ermittelt. Bei den verwendeten Spreadaufschlägen werden spezielle Ausgestaltungen wie zum Beispiel Einlagensicherung, Gewährträgerhaftung oder Nachrangigkeit berücksichtigt. Die Zeitwertermittlung bei Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheinforderungen beruht auf eigenen Berechnungen der Gesellschaft nach finanzmathematischen Methoden.

Die Zeitwerte der Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere werden anhand der Börsenkurse bzw. des Rücknahmepreises zum Bilanzstichtag ermittelt. Die Bewertung der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt nach finanzmathematischen Methoden.

Kapitalanlagen

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo
TEUR			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26.046	28.357	2.311
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.898	5.701	803
3. Beteiligungen	450	450	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.050	1.050	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	43.152	48.456	5.305
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	828.581	1.065.292	236.711
3. Sonstige Ausleihungen	693.041	777.045	84.003
Summe	1.597.218	1.926.351	329.133

Die genannten Werte gelten gleichermaßen für die in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen.

Zu den Finanzanlagen (§ 266 Abs. 2 A. III.) gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, da eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Absatz 3 Satz 4 unterblieben ist.

Bei folgenden zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen liegen die Zeitwerte unter den Buchwerten:

Kapitalanlagen mit stillen Lasten

	Buchwerte	Zeitwerte
TEUR		
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.318	2.238
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.950	16.840
Sonstige Ausleihungen	153.199	142.198
Summe	173.467	161.276

Hierbei wurden unter Anwendung von § 341b Absatz 2 HGB durch die Widmung in das Anlagevermögen Abschreibungen in Höhe von 1.190 (5.457) TEUR vermieden. Es handelt sich nach unserer Einschätzung um vorübergehende Wertminderungen.

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 wurden bei den stillen Lasten aufweisenden Beteiligungen nicht vorgenommen, da es sich nach unserer Ansicht nicht um dauerhafte Wertminderungen handelt.

Zu A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis	Anteil am Kapital
Name und Sitz der Gesellschaft			
TEUR			
Inland:			
TD Real Assets GmbH & Co. KG, Köln	295.351	200	6,0 %
Ausland:			
Credit Suisse (Lux) Gas Transit Switzerland SCS, Luxemburg ²⁾	37.500	0	1,2 %

1) nach Ergebnisabführung und Ausschüttung

2) Das Eigenkapital entspricht dem Beteiligungskapital des Unternehmens; Jahresabschlussdaten lagen für dieses erst gegen Ende 2016 gegründete Unternehmen nicht vor

Zu A.II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Posten A.II.1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet nachfolgend aufgeführte Anteile an EU-Investmentvermögen, an denen unsere Gesellschaft jeweils über 10 % der Anteile hält. Es bestehen keine Einschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo	Auschüttung
TEUR				
Rentenfonds:				
Ampega Unternehmensanleihenfonds	29.811	35.090	5.279	634
Summe	29.811	35.090	5.279	634

Vorverkäufe

Im Rahmen der Bewertungseinheiten wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert in Höhe von 21.098 TEUR zur Absicherung von Risiken einbezogen. Insgesamt wurde ein Nominalvolumen in Höhe von 28.293 TEUR mit diesen Bewertungseinheiten abgesichert.

Zu B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

	31.12.2016			31.12.2015		
	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks
EUR						
1000plus Deutschland	485.875,475	49,49	24.045.977	459.272,857	46,72	21.457.228
ACMBernstein-Gl.Gr.Tr. A	8.385,956	51,28	430.039	8.197,133	50,59	414.695
ACMBernstein-Int.Health Care A	0,850	233,69	199	0,878	240,68	211
Ampega Euro Star 50 Aktienfds	0,000	0,00	0	4.936,854	46,62	230.156
Ampega Substanzwerte P (t)	2.223,868	99,88	222.120	0,000	0,00	0
Basket 100	49,691	108,27	5.380	49,701	104,60	5.199
Basket 20	24,574	196,10	4.819	21,894	184,79	4.046
Basket 40	71,131	135,29	9.623	11,771	134,07	1.578
Basket 60	112,530	147,35	16.581	107,226	145,03	15.551
Basket 80	436,450	157,15	68.588	422,868	154,61	65.380
BGF-Emerging Europe Fund A2	187,188	181,96	34.061	147,431	174,28	25.694
BGF-Global Allo. A2	97,118	95,88	9.312	93,141	76,17	7.095
C-Quadrat Strategie AMI	702,670	48,06	33.774	244,709	45,05	11.025
C-QUADRAT Strategie AMI EUR P1	67.044,303	57,86	3.879.183	65.836,968	58,35	3.841.587
Dt. Inv. I-Top Dividend LD	67.920,412	57,86	3.929.875	66.446,200	58,32	3.875.142
Dt. Quant Eq. Low Vol. Eur. NC	2.597,192	168,27	437.029	2.223,340	161,30	358.625
DWS Akkumula	29,699	236,77	7.032	22,686	252,92	5.738
DWS FlexPension II 2025	62,550	961,03	60.112	62,469	915,83	57.211
DWS FlexPension II 2026	0,000	0,00	0	15,291	136,87	2.093
DWS FlexPension II 2027	6,047	143,70	869	7,013	140,59	986
DWS FlexPension II 2029	20,200	144,89	2.927	22,153	141,59	3.137
DWS FlexPension II 2030	1,159	135,39	157	108,333	143,58	15.554
DWS German Equities Typ O	105,891	137,02	14.509	0,000	0,00	0
DWS Top Dividende LD	1.632,335	394,09	643.287	1.580,564	372,17	588.239
DWS Vermögensbildungsfds R	1,001	121,53	122	0,976	116,20	113
Fidelity European A Acc EUR	74.982,118	19,11	1.432.908	69.335,417	18,81	1.304.199
Fidelity European Growth A	650,345	14,71	9.567	504,269	14,89	7.509
HSBC GIF Indian Equity A Dis	245,434	14,51	3.561	224,939	13,90	3.127
Invesco Global Eq.Income A USD	8,073	137,39	1.109	6,351	133,35	847
Invesco Pacific Equity A	14.733,208	56,66	834.789	14.365,253	54,36	780.906
M&G Global Basics Fund A	2,953	47,66	141	3,041	43,36	132
MFK Chance	204,915	29,50	6.044	140,657	26,20	3.686
MFK Chance Bertelsmann	343.410,190	48,49	16.651.960	334.486,142	45,99	15.383.018
MFK Sicherheit	39.642,746	50,06	1.984.516	38.280,317	47,32	1.811.425
MFK Substanz	98.354,421	36,41	3.581.084	94.922,176	35,44	3.364.042
MFK Top Mix Strategie	152,461	105,22	16.042	152,849	103,43	15.809
MFK Total Return	15.128,381	47,28	715.270	13.467,819	45,11	607.533
Zwischensumme			59.092.566			54.268.514

	31.12.2016			31.12.2015		
	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks
EUR						
Übertrag			59.092.566			54.268.514
MFK Wachstum	44,221	26,55	1.174	45,625	26,38	1.204
MFK Zukunft	197.338,062	39,42	7.779.066	190.206,131	37,84	7.197.400
POSTBANK BALANCED	50.200,182	36,10	1.812.227	48.268,820	35,10	1.694.236
POSTBANK EUROPA	60,478	56,66	3.427	54,847	59,48	3.262
Postbank TriSelect	12,295	45,70	562	12,134	44,57	541
SEB EuroCompanies	22,351	45,09	1.008	21,591	44,86	969
SEB Global Chance/Risk D	331,344	59,28	19.642	307,433	58,14	17.874
SEB Optimix Wachstum	121,003	60,34	7.301	116,621	56,88	6.634
SEB Strategy Aggressive	0,000	0,00	0	70,784	63,95	4.526
Templeton Growth EUR A acc	209.596,914	17,17	3.598.779	203.907,714	15,61	3.182.999
terrAssisi Renten I AMI P	265,408	97,31	25.827	238,880	97,56	23.305
Warburg Classic Fonds	1.351,881	17,72	23.955	1.216,517	18,000	21.897
Warburg Value Fund A	426,688	305,260	130.251	408,941	250,590	102.477
Summe			72.495.785			66.525.837

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

Zu A.I. Eingefordertes Kapital

Das als „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital beträgt 5.000 (5.000) TEUR, ist eingeteilt in 5.000 Stammaktien à 1.000 EUR.

Zu A.III. Gewinnrücklagen

TEUR	
gesetzliche Rücklage	362
andere Gewinnrücklagen	74
Summe	435

Zu B.II. Deckungsrückstellung

Der Aufwand für die Bildung der Zinszusatzreserve belief sich im Berichtsjahr auf 23.989 (37.797) TEUR. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft einen Stand der Zinszusatzreserve von 138.531 (114.542) TEUR aus.

Zu B.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

TEUR	
Stand 1.1.2016	33.288
Entnahme für Gewinnanteile an Versicherungsnehmer	-4.828
Zuweisungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	4.963
Stand 31.12.2016	33.423

Bei der Entnahme für Gewinnanteile des Geschäftsjahres 2016 wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Zusammensetzung der RfB

TEUR	
RfB, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge entfällt	
a) laufende Gewinnanteile	2.836
b) Schlussgewinnanteile und Schlusszahlungen	816
c) Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	39
d) Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c)	1
RfB, die auf den Teil des Schlussgewinnanteilfonds entfällt, der	
e) für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	78
f) für die Finanzierung von Schlussgewinnanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b) und e)	18.249
g) für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c)	846
h) ungebundener Teil der RfB (ohne a) bis g))	10.559
Summe	33.423

Für das Jahr 2017 wurden die auf den Seiten 51 bis 57 genannten Gewinnanteilsätze festgesetzt. Bei der Festlegung der laufenden Gewinnanteile wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Die Teilrückstellung des so genannten Schlussgewinnanteilsfonds gemäß f) wird prospektiv und einzelvertraglich gerechnet und enthält für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr die mit 2,0 % diskontierten anteiligen Schlussgewinnanteile. Dabei wird mit „anteilig“ der Anteil der bereits zurückgelegten Versicherungsdauer an der gesamten Versicherungsdauer bzw. der gesamten Aufschubzeit bei Rentenversicherungen bezeichnet. Hiervon abweichend wird für kapitalbildende Versicherungen ohne Schlussgewinnkonto der anteilige Endwert nach Maßgabe des zeitlichen Verlaufs der Entstehung der Erträge der Kapitalanlagen ermittelt. Die zum 31.12.2016 nach dem § 28 RechVersV in der Fassung vom 1.1.2016 ermittelten Werte des Schlussgewinnanteilsfonds werden nach Berücksichtigung der festgelegten Schlussgewinnanteile und Bestandsveränderungen dabei nicht unterschritten. Für Versicherungen mit Schlussgewinnkonto enthält der Schlussgewinnanteilsfonds grundsätzlich das jeweilige Schlussgewinnkonto, sofern positiv. Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten werden nicht angesetzt. Für im Folgejahr vorzeitig fällig werdende Schlussgewinnanteile werden entsprechende Abzüge gemacht, die als Schlussgewinnanteile festgelegt werden.

Zu D.II. Sonstige Rückstellungen

	31.12.2016	31.12.2015
TEUR		
a) zu zahlende Kosten und Gebühren	532	335
b) Jahresabschlusskosten	112	110
e) zu zahlende Steuerzinsen	133	61
d) Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	53	51
e) übrige Rückstellungen	0	36
f) übrige Personalverpflichtungen	28	20
g) drohende Verluste ¹⁾	0	4
Summe	857	618

¹⁾ Rückstellung für anteilige Belastung durch künftige Mietausfälle bei leerstehenden Gebäuden in Hamburg

Zu F. Andere Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2016	2015
TEUR		
Einzelversicherungen	39.928	42.853
Kollektivversicherungen	72.975	66.346
laufende Beiträge	112.336	108.485
Einmalbeiträge	567	714
Pensionsversicherungen	110.180	106.378
Sterbegeldversicherungen		0
Zusatzversicherungen	2.723	2.821
aus Verträgen:		
ohne Gewinnbeteiligung	0	0
mit Gewinnbeteiligung	99.058	95.307
bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	13.845	13.892
Summe	112.903	109.199

Zu I.3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2016	2015
TEUR		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	45.323	44.633
– davon aus verbundenen Unternehmen: 153 (287) TEUR		
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	12.894	1.439
Summe	58.217	46.071
– davon: Erträge aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen entfallen		
laufende Kapitalerträge	52	43
Summe	52	43

Zu I.9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

	2016	2015
TEUR		
a) Abschlussaufwendungen	2.705	3.017
b) Verwaltungsaufwendungen	2.503	2.780
Summe	5.208	5.797
c) davon ab:		
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	-39	-147
Summe	5.169	5.650

Zu I.10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2016	2015
TEUR		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	1.999	1.807
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	1	143
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	28	22
Summe	2.028	1.972
– davon: Aufwendungen aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice entfallen		
Verwaltungsaufwendungen	109	114
Summe	109	114

Die Abschreibungen auf Kapitalanlagen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs.3 Satz 1 HGB von 1 (143) TEUR.

Rückversicherungssaldo für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft¹⁾

	2016	2015
TEUR		
Verdiente Beiträge	-1.042	-949
Aufwendungen für Versicherungsfälle	768	549
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	39	147
Veränderung der Deckungsrückstellung	56	2
Saldo	-178	-251

¹⁾ Bei der Darstellung des Rückversicherungssaldos sind Aufwandsposten zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 2. Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 67 (42) TEUR enthalten.

Zu II.6. Außerordentliches Ergebnis

Der Posten außerordentliche Erträge von 2 (141) TEUR beinhaltet ausschließlich die Teilauflösung der Rückstellung für drohende Verluste. Die außerordentlichen Aufwendungen von 74 (463) TEUR betreffen in voller Höhe Aufwendungen aus Restrukturierung.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Verordnung über die Finanzierung des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer jährliche Beiträge von maximal 0,2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Im Geschäftsjahr wurden 651 TEUR Beiträge geleistet. Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 2.083 TEUR. Falls die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen, werden dem Sicherungsfonds finanzielle Mittel in Höhe von 1 % der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der bereits geleisteten Beiträge zur Verfügung gestellt. Die Gesamtverpflichtung beträgt 18.747 TEUR.

Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir zur Anpassung zukünftiger Liquiditätsströme 2016 sowie in den Vorjahren Vorkäufe mit einem Abrechnungsbetrag von insgesamt 56.735 TEUR getätigt. Es wurden festverzinsliche Wertpapiere (u. a. Namenszerobonds) mit Wertstellungen in den Jahren 2017 bis 2020 geordert, die in den Jahren 2026 bis 2046 fällig werden. Der beizulegende Zeitwert der Vorkäufe betrug am Bilanzstichtag 25.641 TEUR.

Für die Gesellschaft bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus offenen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 52.197 TEUR, die aus verschiedenen Investitionsprogrammen („TD Real Assets GmbH & Co. KG“, „NSV Fortuna / Dong-Energy“, „Irish Courts PPP Project“ „Healthcare Centres PPP Limited“ und Aegon Investment Management B.V. (AIM B.V.) mit einem Zeichnungsvolumen von insgesamt 72.530 TEUR, sowie anstehende Anteilsscheinengeschäfte mit dem TD Real Estate Value resultieren.

Beteiligungen an unserer Gesellschaft

Die Talanx Deutschland AG, Hannover, hat uns mitgeteilt, dass ihr unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) sowie gleichzeitig unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 und 3 AktG) gehört.

Konzernabschluss

Die Gesellschaft ist Konzerngesellschaft des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hannover, sowie der Talanx AG, Hannover. Der HDI (Mutterunternehmen des HDI-Konzerns) stellt nach § 341i HGB einen Konzernabschluss auf, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Für die Talanx AG als Mutterunternehmen des Talanx-Konzerns ergibt sich daneben die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses aus § 290 HGB, welcher auf der Grundlage von § 315a Absatz 1 HGB gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt wird. Die Konzernabschlüsse werden im Bundesanzeiger bekannt gegeben.

Honorar des Abschlussprüfers

Zur Angabe der Honorare unseres Abschlussprüfers verweisen wir auf die Angabe im Konzernanhang.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2016	2015
TEUR		
1. Provisionen der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Geschäft	627	979
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	39	20
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
Summe	666	999

Mitarbeiter

Die HDI Pensionskasse AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 2 und 3 aufgeführt.

Organbezüge

Die Gesamtbezüge der im Berichtsjahr aktiven Vorstandsmitglieder für ihre Tätigkeit in unserer Gesellschaft betragen 39 TEUR. Sofern sie auch Organe anderer Gesellschaften des Talanx-Konzerns sind, erhielten die Vorstandsmitglieder darüber hinaus Bezüge für ihre Tätigkeit in diesen Gesellschaften.

Für ihre frühere Tätigkeit in unserer Gesellschaft erhielten ehemalige Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene keine Bezüge.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für die Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unserer Gesellschaft nachhaltig beeinflussen würden.

Köln, den 28. Februar 2017

Der Vorstand:

Ulrich Rosenbaum

Dr. Michael Pannenberg

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HDI Pensionskasse AG, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften (und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung) und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 13. März 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klitsch
Wirtschaftsprüfer

Klein
Wirtschaftsprüfer

Überschussbeteiligung.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Die Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven erfolgt gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG). Bewertungsreserven aus direkt oder indirekt gehaltenen festverzinslichen Anlagen und Zinsabsicherungsgeschäften sind dabei nur insoweit zu berücksichtigen, als sie einen etwaigen Sicherungsbedarf aus den Versicherungsverträgen mit Zinsgarantie gemäß § 139 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) überschreiten.

Nach § 153 Abs. 3 VVG hat der Versicherer die Bewertungsreserven mindestens einmal jährlich zu ermitteln und unter Berücksichtigung der geltenden aufsichtsrechtlichen Regelungen den einzelnen Versicherungsverträgen nach einem verursachungsorientierten Verfahren rechnerisch zuzuordnen. Die Höhe der Bewertungsreserven der HDI Pensionskasse AG wird monatlich ermittelt – jeweils zum Handelsschluss des ersten Börsentages eines jeden Kalendermonats (Bewertungsstichtage). Die Bewertungsstichtage der Geschäftsjahre 2016 und 2017 können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Bewertungsstichtage	
2016	2017
4.1.2016	2.1.2017
1.2.2016	1.2.2017
1.3.2016	1.3.2017
1.4.2016	3.4.2017
2.5.2016	2.5.2017
1.6.2016	1.6.2017
1.7.2016	3.7.2017
1.8.2016	1.8.2017
1.9.2016	1.9.2017
4.10.2016	2.10.2017
1.11.2016	1.11.2017
1.12.2016	1.12.2017

Bei Beendigung des Vertrags ist im Hamelner Bestand der zum Bewertungsstichtag des aktuellen Monats und im Hamburger und Kölner Bestand der zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelte Betrag maßgeblich.

Bei Rentenversicherungen in der Anwartschaft erfolgt die Zuteilung nach § 153 Abs. 4 VVG zum Rentenbeginn; auch hier wird der Betrag im Hamelner Bestand zum Bewertungsstichtag des aktuellen Monats und im Hamburger und Kölner Bestand zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelt.

Bei fälligen Renten werden die Bewertungsreserven anteilig zum Ende jedes Versicherungsjahres zugeteilt und zur Erhöhung der versicherten Leistungen verwendet oder bar ausgezahlt. Sie beruhen auf den Bewertungsreserven zum Bewertungsstichtag 4.10.2016.

Gewinnbeteiligung der Versicherten

Im Folgenden sind die Gewinnanteilsätze bzw. die Erhöhung der Anwartschaft auf Schlussgewinnanteile bei Erleben des Ablaufs für die gewinnberechtigten Versicherungen in Euro dargestellt, die am 31.12.2016 im Bestand waren. Grundsätzlich gelten diese für Zuteilungen ab dem 1.1.2017.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen mit planmäßigem Rentenbeginn bis zum 1.3.2017 sowie für Versicherungen im Rentenbezug mit Versicherungstichtag 1.1. bis 1.3. sind für die Gewinnzuteilungen im Jahr 2017 die Gewinnanteilsätze des Jahres 2016 maßgebend.

Die Darstellung der Überschussanteilsätze ist folgendermaßen gegliedert:

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen als Haupt- oder Zusatzversicherung jeweils vor Rentenbeginn

III. Versicherungen im Rentenbezug

Die Vorjahreswerte sind, sofern sie sich von den Werten für 2017 unterscheiden, in Klammern angegeben.

Der Hamburger Bestand umfasst alle Versicherungen, die nach den Tarifen KDE abgeschlossen wurden.

Der Hamelner Bestand umfasst alle Versicherungen, die am 31.12.2013 zum Bestand der PB Pensionskasse AG gehörten.

Der Kölner Bestand umfasst die anderen Versicherungen.

Die Versicherungen des Hamburger Bestandes werden folgenden Tarifgenerationen zugeordnet:

Tarifgeneration	Bestandsuntergruppen, Gewinnverbände
2007	Bestandsuntergruppen, die mit „12“ enden
2006	Bestandsuntergruppen, die mit „11“ enden
2005	Gewinnverbände, die mit „09“ oder „10“ enden
2002	Sonstige Gewinnverbände

Die Versicherungen des Hamelner Bestandes werden folgenden Tarifgenerationen zugeordnet:

Tarifgeneration	Bestandsuntergruppen, Gewinnverbände, Abrechnungsverbände
2012	Gewinnverband 4 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2008	Gewinnverbände 3.1 sowie 3.2 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2007	Gewinnverband 2.1 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2006	Gewinnverband 1.1 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2005	Abrechnungsverbände K und F
2002	Abrechnungsverband C (Tarif BPR1C)

Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven

Der Anteilsatz der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven an der Summe aus Schlussgewinnbeteiligung und Mindestbeteiligung wird für Versicherungen des Hamburger und Kölner Bestandes auf 5 % festgesetzt, ansonsten auf 0 %.

Im Folgenden umfassen die Gewinnanteilsätze für die Schlussgewinnbeteiligung stets auch die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven, ohne dass dies ausdrücklich erwähnt ist.

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

1. Zinsgewinnanteile

Den Rentenversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen werden laufende Zinsgewinnanteile zugeteilt, die sich aus den nachfolgend angegebenen %-Sätzen als Anteil des Deckungskapitals der Stammversicherung und als Anteil des Deckungskapitals des Rentenzuwachses ergeben.

Bestand	Tarifgeneration	Satz in %
Fondsgebundene Hamburger Versicherungen ¹⁾³⁾	alle	0
Hamelner Versicherungen ²⁾	alle	0
Kölner AVmG-Versicherungen ¹⁾³⁾	alle	0
Sonstige Versicherungen	alle	0 ⁴⁾

1) in % des klassischen Deckungskapitals bzw. gewinnberechtigten Garantiekontos

2) in % des konventionellen Deckungskapitals zu Beginn des abgelaufenen Versicherungsjahres; für Tarifgenerationen vor 2005 in % des auf die Altersrente entfallenden Deckungskapitals am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres, abgezinst mit dem Rechnungszins um ein Jahr

3) monatliche Zuteilungen

4) Der Gewinnanteilsatz auf das Deckungskapital der Gewinnbeteiligung in der Tarifgeneration 2015 ist bei AVmG-Versicherungen um 0,103 % und bei sonstigen Versicherungen um 1,25 % erhöht.

Bei verzinslicher Ansammlung ist die laufende Gesamtverzinsung des Ansammlungsguthabens folgender Tabelle zu entnehmen:

Bestand	Tarifgeneration	Satz ¹⁾
Hamburg	2007	2,25
	2005–2006	2,75
	2002	3,25
Hamel	alle	0

1) in % des Ansammlungsguthabens

2. Kosten- und Risikogewinnanteile

- Fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten einen Risikogewinn von 25 % der gewinnberechtigten Risikoprämie.

3. Schlussgewinnanteile

Folgende jährliche Erhöhungen der Schlussgewinnanwartschaften werden zugeteilt:

Bestand	Tarifgeneration	Satz in %	Bezugsgröße
Hamburg	Rentenversicherung	alle ⁸⁾	0 Jahresrente
	Fondsgebundene Versicherungen ¹⁾	alle ⁸⁾	0 Deckungskapital ⁴⁾
Hameln	2012		0 (0,20) wie LGA ⁵⁾
			0 Prämiensumme ⁷⁾
	2008		0 wie LGA ⁵⁾
			0,105 (0,12) ⁶⁾ Prämiensumme ⁷⁾
	2007		0 wie LGA ⁵⁾
			0,21 (0,24) Prämiensumme ⁷⁾
	2006 ⁸⁾		0 wie LGA ⁵⁾
			0 (0,24) Prämiensumme ⁷⁾
	2005		0 wie LGA ⁵⁾
			0,21 (0,24) Prämiensumme ⁷⁾
Köln	AVmG-Versicherungen ¹⁾	2015	0,042 (0,083) wie LGA ²⁾
			0,145 (0,186) SGB ³⁾
	2012, 2013		0 (0,017) wie LGA ²⁾
			0 (0,161) SGB ³⁾
	vor 2012 ⁸⁾		0 wie LGA ²⁾
			0 SGB ³⁾
	sonstige Versicherungen	2015	0,50 (1,00) wie LGA ²⁾
			1,75 (2,25) SGB ³⁾
	2012, 2013	RG 2016 ⁹⁾	0,50 (1,00) wie LGA ²⁾
			1,75 (2,25) SGB ³⁾
sonst		0 (0,20) wie LGA ²⁾	
		0 (1,95) SGB ³⁾	
vor 2012	RG 2016 ⁹⁾	0,50 (1,00) wie LGA ²⁾	
		1,75 (2,25) SGB ³⁾	
sonst ⁸⁾		0 wie LGA ²⁾	
		0 SGB ³⁾	

1) monatliche Zuteilung

2) Bezugsgröße wie für laufende Zinsgewinnanteile

3) erreichte Schlussgewinnbeteiligung nur für nicht fondsgebundene Versicherungen

4) Garantie-Deckungskapital zum vereinbarten Rentenbeginn

5) Bezugsgröße wie für laufende Zinsgewinnanteile inkl. Ansammlungsguthaben; der zinsabhängige Schlussüberschussanteil ergibt sich als Differenz zwischen dem Wert bei Hochrechnung des konventionellen Vertragsteils mit einem um diesen Schlussüberschussatz erhöhten deklarierten Gesamtzinssatz (Rechnungszinssatz; einschließlich Zinsüberschussatz) und dem Wert bei Hochrechnung mit dem deklarierten Gesamtzinssatz.

6) Für Versicherungen mit garantierter Rente ist abweichend 0 % deklariert.

7) für jedes voll zurückgelegte prämienschuldige Versicherungsjahr

8) Zum 1.1.2017 entfallen für Versicherungen der Tarifgeneration 2006 – mit Ausnahme von bis zum 1.3.2017 ablaufenden Versicherungen – die erreichten Schlussgewinnanwartschaften und betragen somit 0 EUR.

9) Bausteine aus SL-Tarifen, dynamischen Anpassungen und Sonderzahlungen zu Versicherungen gegen laufende Prämienzahlung mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen vor Rentenbeginn

Die hier beschriebenen Versicherungen kommen in der Ausprägung der Zusatz- und Hauptversicherung vor. Es werden die in der folgenden Tabelle genannten Gewinnanteilsätze zugeteilt:

Bestand	Tarifgeneration	Risikogruppe	Prämiegewinnanteil (Form A) ¹⁾	Bonus (Form B) ²⁾	Gewinnanteil zur Erhöhung der Leis- tungen der Rentenver- sicherung (Form G bzw. übergreifender Bonus) ³⁾
Hamburg			25	–	25
Hameln			5	–	–
Köln	2015		–	43	30
	2010–2013	A1	–	56	36
		sonst	–	43	30
	2009		–	75	43
	2008		–	43	30
	vor 2008	A	38	82	45
sonst		25	43	30	

1) in % der Bruttoprämie

2) in % der versicherten Leistungen

3) in % der gewinnberechtigten Risikoprämie

Für prämienfreie Kölner Versicherungen gilt die folgende Tabelle:

Tarifgeneration	Satz ¹⁾ in %
2015	0,30 (0,65)
2012–2013	0 (0,15)
vor 2012	0

1) Bezugsgröße ist das gewinnberechtigte Deckungskapital zzgl. Deckungskapital für den bereits gutgeschriebenen Rentenanteil

Bei verzinslicher Ansammlung ist die laufende Gesamtverzinsung des Ansammlungsguthabens folgender Tabelle zu entnehmen:

Bestand	Tarifgeneration	Satz ¹⁾
Hamburg	2007	2,25
	2005–2006	2,75
	2002	3,25

1) in % des Ansammlungsguthabens

2. Schlussgewinnanteile

Zum 1.1.2017 entfallen für Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen der Tarifgeneration 2006 – mit Ausnahme von bis zum 1.3.2017 ablaufenden Hauptversicherungen – die erreichten Schlussgewinnanwartschaften und betragen somit 0 EUR.

III. Versicherungen im Rentenbezug

Fällige Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen (außer mit Gewinnform S im Kölner Bestand sowie Gewinnform Steigende Gewinnrente im Hamelner Bestand) erhalten folgende Gewinnanteile in % der Vorjahresrente, bei Barauszahlung, Gewinnform H oder V sowie im Hamelner Bestand abweichend in % des Deckungskapitals:

Bestand		Tarifgeneration	Satz ¹⁾
Hamburg	Rentenversicherungen	2015	0,30 (0,65)
		2005–2007	0
		2002 ²⁾	0,30 (0,65)
		2002 ³⁾	0 (0,65)
		2002 ⁴⁾	0
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	alle	0
Hamelner Bestand	Rentenversicherungen	2005–2012	0,65 ⁵⁾
			0,30 (0,65) ⁶⁾
			0 (0,15) ⁷⁾
		0 ⁸⁾	
	vor 2005	0	
	Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen	2002	0
Köln	Rentenversicherungen	2015	0,30 (0,65)
		2012–2013 ⁹⁾	0 / 0,30 (0,15 / 0,65)
		2005–2008 ⁹⁾	0 / 0,30 (0 / 0,65)
		2002 ¹⁰⁾	0 / 0,30 (0 / 0,65)
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	2015	0,30 (0,65)
		2012–2013	0 (0,15)
	vor 2012	0	

1) zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,001 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005 und Hamelner Versicherungen), 0,003 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005) bzw. 0,005 % (Hamburger und Kölner Versicherungen ab Tarifgeneration 2006 (im Vorjahr 0 % in allen Teilbeständen)

2) fondsgebundene Versicherungen nach den am 22.12.2004 genehmigten Bedingungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2015

3) fondsgebundene Versicherungen nach den am 23.8.2002 und am 5.8.2003 genehmigten Bedingungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2015: für Rente aus Fondsguthaben

4) konventionelle Renten und fondsgebundene Versicherungen mit Rentenbeginn vor dem 1.1.2015; sowie bei fondsgebundenen Versicherungen nach den am 23.8.2002 und am 5.8.2003 genehmigten Bedingungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2015: für Rente aus Garantieguthaben

5) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 0,90 % beträgt

6) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 1,25 % beträgt

7) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 1,75 % beträgt

8) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 2,25 % beträgt

9) für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen und für fondsgebundene Versicherungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2017 gilt jeweils der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

10) für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen gilt jeweils der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

Für Rentenversicherungen mit der Gewinnform S im Kölner Bestand sowie Gewinnform Steigende Gewinnrente im Hamelner Bestand wird die Berechnung des Rentengewinnanteils in der folgenden Tabelle dargestellt und erläutert:

Bestand	Tarifgeneration	Rentenbeginn	Rentengewinnanteil ab	
			dem ersten Rentenbezugsjahr ¹⁾	Beginn eines neuen Rentenbezugsjahrs ²⁾
Hamelner	2005–2012	5)	0,40	0
		6)	0,20 (0,40)	0
		7)	0 (0,10)	0
		8)	0	0
Kölner	2007, 2008	ab 01.04.2014 ⁹⁾	0	0 / 0,30 (0 / 0,65)
		01.04.2013–31.03.2014	0,03	0
		01.04.2012–31.03.2013	0,33	0
		01.04.2011–31.03.2012	0,51	0
		vor 01.04.2011	0,90	0
	2005, 2006	ab 01.04.2013 ⁹⁾	0	0 / 0,30 (0 / 0,65)
		01.04.2012–31.03.2013	0,03	0
		01.04.2011–31.03.2012	0,21	0
		vor 01.04.2011	0,60	0
	2002	ab 01.04.2012 ¹⁰⁾	0	0 / 0,30 (0 / 0,65)
		01.04.2007–31.03.2012	0,30	0
		01.04.2006–31.03.2007 ³⁾	0,30	0
		01.04.2006–31.03.2007 ⁴⁾	0,03	0
		01.04.2004–31.03.2006	0,03	0
		vor 01.04.2004	0,27	0

1) im Hamelner Bestand in % des Deckungskapitals, im Kölner Bestand in % des 1,05-Fachen des Deckungskapitals

2) in % der Vorjahresrente ggf. einschließlich Rentengewinnanteil, zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,001 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005 und Hamelner Versicherungen), 0,003 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005) bzw. 0,005 % (Hamburger und Kölner Versicherungen ab Tarifgeneration 2006 (im Vorjahr 0 % in allen Teilbeständen)

3) fondsgebundene Rentenversicherungen

4) sonstige Versicherungen

5) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 0,90 % beträgt

6) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 1,25 % beträgt

7) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 1,75 % beträgt

8) soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 2,25 % beträgt

9) für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen und für fondsgebundene Versicherungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2017 gilt jeweils der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

10) für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen gilt der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand der HDI Pensionskasse AG auf der Basis ausführlicher schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat trat insgesamt zweimal zu Sitzungen zusammen, um sich vom Vorstand über die Geschäftsentwicklung und Lage des Unternehmens zu informieren und um die anstehenden Beschlüsse zu fassen. Über die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf sowie das Risikomanagement und die Risikolage hat sich der Aufsichtsrat darüber hinaus vom Vorstand in einer Telefonkonferenz sowie durch regelmäßige Vorlage von Unterlagen unterrichten lassen sowie, wenn erforderlich, einen gemeinsamen telefonischen Austausch aller Aufsichtsratsmitglieder neben den Sitzungen vorgenommen. Die einzelnen Themen hat er intensiv hinterfragt, diskutiert und - soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich - nach eingehender Prüfung und Beratung ein Votum abgegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde darüber hinaus vom Vorstand laufend über wichtige Entwicklungen, anstehende Entscheidungen und die Risikolage im Unternehmen unterrichtet.

Darüber hinaus erfolgte im schriftlichen Verfahren eine Beschlussfassung über ein kurzfristig zwischen den Sitzungen zu behandelndes Thema.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Gesamtvorstand hat den Aufsichtsrat über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds fortlaufend unterrichtet. In den Sitzungen wurde intensiv der Stabilisierungsplan für die Gesellschaft vorgestellt und die einzelnen Maßnahmenpakete erläutert. Der Aufsichtsrat konnte sich ein umfassendes Bild über das Handeln des Vorstands in der aktuellen Lage und die damit verbundene Planung machen.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat zustimmungspflichtige Geschäfte vorgelegt, der Aufsichtsrat hat die nach Satzung oder Geschäftsordnung notwendigen Zustimmungen in jedem Fall erteilt.

In den Quartalsberichten gemäß § 90 AktG wurden unter anderem die Entwicklung der Beitragseinnahmen, des eingelösten Nettogeschäfts, des Bestands und der Kosten sowie die Themen Kapitalanlage, Risikolage und Marketing/ Vertrieb dargestellt und erläutert.

Der Gesamtvorstand entscheidet gemäß den ihm durch die Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben über die Erstellung und jährliche Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie. Der Aufsichtsrat hat die Risikostrategie für das Geschäftsjahr 2016 im Rahmen der Sitzung vom 3. März 2016 erörtert. Die Aktualisierung der Risikostrategie wurde dem Aufsichtsrat in der Sitzung am 26. Oktober 2016 zur Kenntnis gegeben. Ferner wurde der Aufsichtsrat in den Sitzungen über den aktuellen Stand zum Risikomanagement sowie zur Risikostrategie informiert, er hat sich von der Leistungsfähigkeit des Risikomanagementsystems überzeugt. Dem Aufsichtsrat wurde zudem der quartärlche Risikobericht der Gesellschaft zur umfänglichen Information zugeleitet. Ferner erhielt der Aufsichtsrat bei aktuellem Anlass detaillierte Informationen insbesondere zur Risikolage der Gesellschaft sowie zu den seitens des Vorstands zur Stabilisierung geplanten und ergriffenen Maßnahmen.

Es ist in beiden Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2016 eine Berichterstattung zu den Governance-Funktionen Risikomanagement, Compliance und Revision erfolgt. Damit wurde eine kontinuierliche Berichterstattung über die Entwicklung der Governance der Gesellschaft und die aktuellen Kernthemen gewährleistet.

Insgesamt wird damit den aufsichtsbehördlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement im Rahmen einer guten und verantwortungsbewussten Unternehmensführung und -überwachung entsprochen.

Der Aufsichtsrat sah sich zu keinen Prüfungsmaßnahmen nach § 111 Abs. 2 AktG im Geschäftsjahr veranlasst.

Der Aufsichtsrat konnte sich davon überzeugen, dass der Vorstand seine operativen Schwerpunkte zutreffend gesetzt und geeignete Maßnahmen ergriffen hat. Insgesamt hat der Aufsichtsrat im Rahmen seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Zuständigkeiten an den Entscheidungen des Vorstands mitgewirkt und sich von der Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmensführung überzeugt.

Jahresabschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden. Die Bestellung der Abschlussprüfer erfolgte durch den Aufsichtsrat; der Aufsichtsratsvorsitzende erteilte den konkreten Prüfungsauftrag. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; in dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wird erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln, und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Die Abschlussunterlagen und der Prüfungsbericht der KPMG wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Abschlussprüfer war bei der Bilanzaufsichtsratssitzung anwesend, er hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss erörtert und auch den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft und zu einzelnen Punkten Nachfragen an den Abschlussprüfer gerichtet. Der Aufsichtsrat ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den §§ 317 und 321 HGB steht und keinen Bedenken begegnet. Weiter ist der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis gekommen, dass der Lagebericht die Anforderungen des § 289 HGB erfüllt und in Übereinstimmung mit den Aussagen der Berichte an den Aufsichtsrat gemäß § 90 AktG steht. Der Lagebericht steht auch in Einklang mit der eigenen Einschätzung des Aufsichtsrats hinsichtlich der Lage der Gesellschaft. Dem Lagebericht und insbesondere den dort getroffenen Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind Einwendungen nicht zu erheben, so dass er sich dem Urteil der Abschlussprüfer angeschlossen und den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Bilanzaufsichtsratssitzung am 14. März 2017 gebilligt hat. Damit ist der Jahresabschluss festgestellt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung unterrichtet und dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass:

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich nach seiner Prüfung dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat ferner den Bericht des Verantwortlichen Aktuars über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts 2016 zur versicherungsmathematischen Bestätigung sowie den Bericht der Internen Revision für das Geschäftsjahr 2016 und den Compliance-Bericht 2016 jeweils nach Aussprache ohne Beanstandung entgegengenommen.

Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat

Im Vorstand der Gesellschaft traten im Berichtszeitraum keine Veränderungen ein.

Mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2016 hat Herr Dr. Marko Brambach sein Mandat als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gesellschaft niedergelegt. In der außerordentlichen Hauptversammlung am 20. Dezember 2016 wurde Herr Michael Wrona mit Wirkung ab 1. Januar 2017 für die Amtsperiode bis zur ordentlichen Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2019 beschließt, in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat hat Herrn Dr. Brambach seinen Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit und konstruktive Zusammenarbeit ausgesprochen.

Dank an Vorstand und Mitarbeiter

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und die im Geschäftsjahr 2016 erfolgreich geleistete Arbeit.

Köln, den 14. März 2017

Der Aufsichtsrat:

Dr. Ulrich Joseph
Vorsitzender

Impressum

HDI Pensionskasse AG

Charles-de-Gaulle-Platz 1

50679 Köln

Telefon +49 221 144-1

Telefax +49 221 144-3833

Amtsgericht Köln, HRB 43158

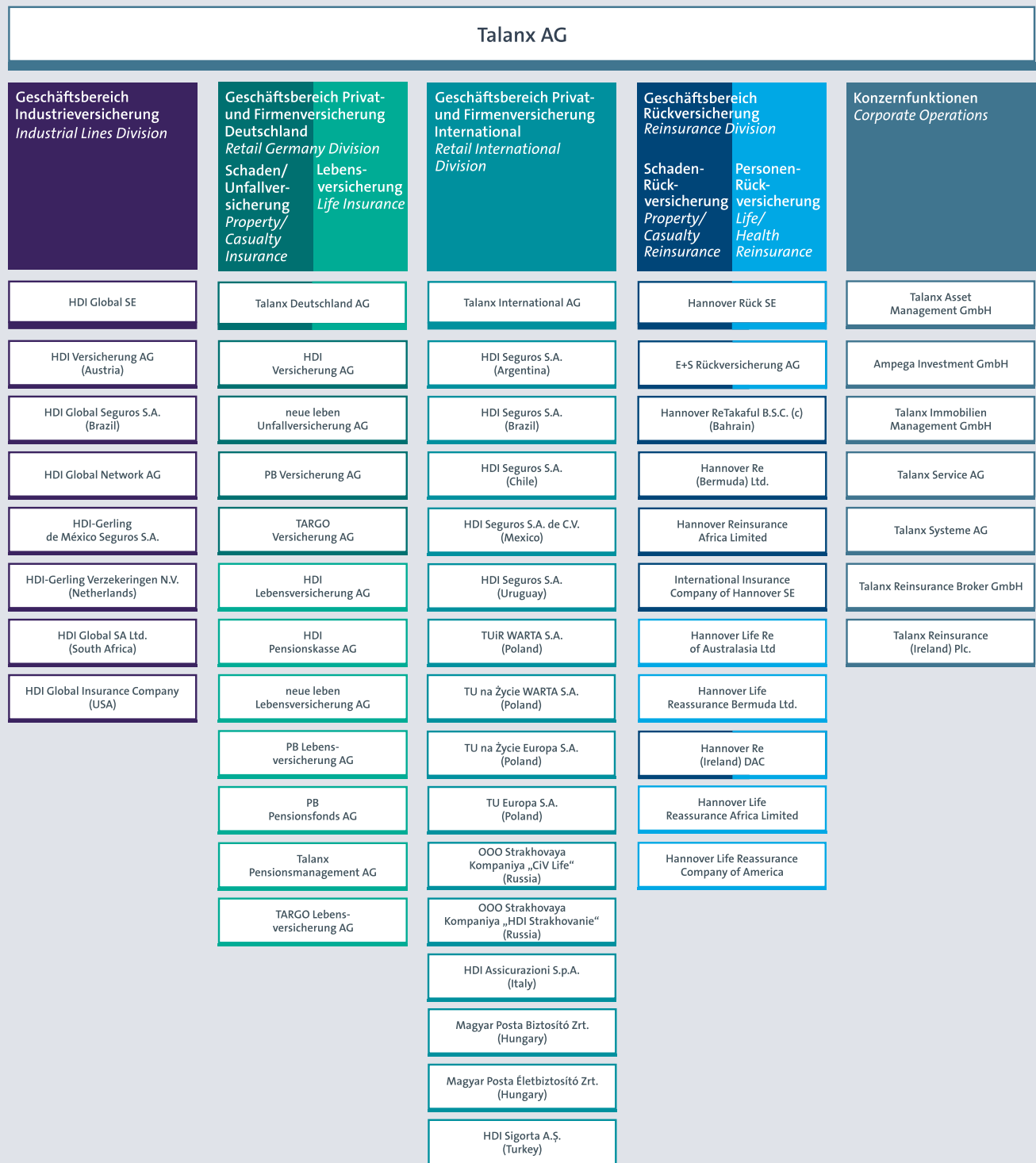
www.hdi.de

Group Communications

Telefon +49 511 3747-2022

Telefax +49 511 3747-2025

gc@talanx.com



HDI Pensionskasse AG
Charles-de-Gaulle-Platz 1
50679 Köln
Telefon + 49 221 144-1
Telefax + 49 221 144-3833
E-Mail: leben.service@hdi.de
www.talanx.com

talánx.